

Jürgen Micksch

Wandel durch Kontakte

*Stiftung gegen Rassismus , Pro Asyl,
BISS, Abrahamisches Forum
und andere Gründungsgeschichten*



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

BISS



Abrahamisches
Forum
in Deutschland

Jürgen Micksch

Wandel durch Kontakte

*Stiftung gegen Rassismus, Pro Asyl,
BISS, Abrahamisches Forum
und andere Gründungsgeschichten*



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS

Inhalt

Einfach anfangen	Seite 7
Stiftung gegen Rassismus	Seite 11
Gründung durch den Interkulturellen Rat / Die Internationalen Wochen gegen Rassismus / Die Stiftung / Die Aktionswochen 2019 / Religionen laden ein / SCHULTER AN SCHULTER / Engagiert gegen Rassismus / Gespräche mit der Polizei / Für eine Kontaktkultur / Antirassistische Rundgänge / Aktionstage für die Menschenwürde / Europäische Zivilgesellschaft gegen Rassismus	
Pro Asyl	Seite 35
Die Gründung / Kritik / Förderverein und Stiftung	
BISS	Seite 42
The Big Issue / Hindernisse / Die erste Ausgabe	
Abrahamisches Forum	Seite 46
Gemeinsame Wurzeln / Gründung / Abrahamische Foren scheitern / Abrahamische Teams / Junges Abrahamisches Forum / Abrahamische Teams in MENA-Ländern / Religionen für biologische Vielfalt / Abrahamische Feiern am Flughafen / Opferfest / Perspektiven	
Internationale Pfarrkonferenz der EKD	Seite 65

Interkulturelle Woche **Seite 68**

Vorbehalte / Der erste Tag des ausländischen Mitbürgers /
Die Bundesrepublik als Einwanderungsland /
Verschiedene Kulturen – gleiche Rechte /
Vom Tag des ausländischen Mitbürgers zur Interkulturellen Woche /
Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss /
Was haben 45 Jahre gebracht?

**Islamisch-Christliche Arbeitsgruppe
zu Ausländerproblemen** **Seite 76**

Multikulturelle Gesellschaft **Seite 79**

„Die Bundesrepublik ist zu einer multikulturellen
Gesellschaft geworden“ / Das Heidelberger Manifest /
Nach 40 Jahren / Wie geht es weiter?

Konferenz für Islamfragen der EKD **Seite 88**

Bayerischer Flüchtlingsrat **Seite 90**

Deutsches Islamforum **Seite 91**

Forum Islam / Harte Auseinandersetzungen / Islamforum in Nord-
rhein-Westfalen / Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft /
Forum Muslime in den neuen Ländern / Weitere Islamforen /
Dialogstrukturen/Digitale Religionsgespräche

Interreligiöse Konferenz **Seite 100**

Arbeitskreis Muslime und Verfassungsschutz **Seite 101**

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs /
Die Muslimische Jugend in Deutschland /
Die Beobachtung von Einzelnen /
Vertrauensbildende Gremien fehlen

Arbeitskreis Religionen und Naturschutz **Seite 106**

Konkrete Impulse / Fünf Wochen für Bäume zwischen dem 21.
März und dem 25. April / Arche Noah-Fest um den 22. Mai / Religi-
öse Naturschutztage Mitte September / Laubhütten- und Ernte-
dankfest Anfang Oktober/ Fasten für biologische Vielfalt

Was die Gründungen erreichten **Seite 122**

Literaturhinweise **Seite 130**

Impressum **Seite 136**

Einfach anfangen

Das Miteinander mit Flüchtlingen und Migranten verändert unsere Gesellschaft. Der Wandel ist erfolgreich, wenn sich gute Kontakte der Zugewanderten mit der einheimischen Bevölkerung entwickeln. Dafür sind interkulturelle Einrichtungen nützlich, in denen das Miteinander reflektiert und gemeinsame Initiativen gestartet werden.

Nachhaltig sind solche Initiativen dann, wenn sie institutionalisiert oder regelmäßig wiederholt werden. Dabei ist es wichtig, dass sich mit den Zielen möglichst viele Menschen identifizieren können. Die Menschenwürde und ein menschenfreundliches Miteinander sind dabei vorrangig.

In den letzten Jahrzehnten sind Hunderte erfolgreicher Kooperationen in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit entstanden.

Sie trugen viel dazu bei, dass in Deutschland insgesamt von einem guten Miteinander gesprochen werden kann. Bei der Gründung von Kooperationen gibt es immer wieder ähnliche Konflikte. Neue Vorhaben werden häufig abgelehnt. Es wird versucht, sie zu verhindern. Nach einer mehrjährigen erfolgreichen Arbeit erinnern sich dann sogar Bedenkenräger nicht mehr an ihre frühere Kritik.

Veränderungen in der Gesellschaft erfordern kluge Ideen. Genauso entscheidend ist ihre Umsetzung, ein langer Atem und dauerhaft arbeitende Gremien.

Während der Corona-Krise konnte ich einige Gründungsgeschichten aufschreiben. Andere kann das ermutigen, einfach mit neuen Impulsen anzufangen.

Für die Darstellung der Gründungsgeschichten hatte ich weitere Motive:

- Vor Jahren gab es in Berlin einen Streit darüber, ob Kirchen oder Gewerkschaften den Tag des ausländischen Mitbürgers ins Leben gerufen haben. Über die Entstehung lagen keine Unterlagen vor. Bis heute fehlen solche Darstellungen auch über den Beginn von Pro Asyl, das Abrahamische Forum und andere Einrichtungen.
- Am 29. und 30. November 2018 war ich als „Zeitzeuge“ von der Universität München eingeladen. Etwa 30 Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiteten im Rahmen eines Projektes der Deutschen Forschungsgemeinschaft über die kirchliche Ausländerarbeit in den siebziger Jahren. Ich war erstaunt, dass dort Dozenten meine Korrespondenz als Ausländerreferent der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bis in alle Feinheiten kannten. Und nun sollte ich als „Zeitzeuge“ ihre historischen Forschungsergebnisse kommentieren. Dabei ist mir aufgefallen,

wie sinnvoll es ist, manche Gründungsgeschichten rechtzeitig aufzuschreiben. Herausgegeben wurden die Beiträge der Tagung in München inzwischen von Claudia Lepp unter dem Titel „Christliche Willkommenskultur?“, Göttingen 2020.

- Im März 2020 schrieb mir die Lektorin eines Verlages, dass „es spannend wäre mit Ihnen zusammen ein Buch“ zu machen. Darauf habe ich geantwortet, dass ich bei Büchern zögerlich bin, „da ich erlebt habe, dass die Auflagen seit langem immer geringer geworden sind. Deswegen schreibe ich gegenwärtig lieber kurze Broschüren, die oft viele Auflagen erreichen.“ Gespräche mit ihr gaben für mich dennoch den Anstoß, einige Geschichten und Begegnungen aufzuschreiben.
- Gelegentlich bin ich in den letzten Jahren nach Einzelheiten bei Gründungen befragt worden. Das interessiert neben historisch arbeitendem wissenschaftlichem Personal vor allem Personen und Institutionen, die Jubiläen vorbereiten und veranstalten. Unterlagen dazu sind oftmals schwer oder gar nicht mehr zu finden. Denn Aufbauphasen sind arbeitsintensiv und da bleibt wenig Zeit, sie zu dokumentieren.

Die Darstellungen beginnen mit der Stiftung gegen Rassismus, bei der viele frühere Entwicklungen und Erfahrungen zusammenfließen. Dann folgen Pro Asyl, die erste Obdachlosenzeitung BISS in München und das Abrahamische Forum. Weitere Gründungen werden in chronologischer Reihenfolge dargestellt.

Die Erinnerungen sind persönlich geprägt und stellen manches vielleicht einseitig dar - über korrigierende Hinweise freue ich mich.

Viel Spaß beim Lesen!

A handwritten signature in black ink, reading 'Jürgen Micksch'. The script is cursive and fluid, with the first letter 'J' being particularly large and stylized.

Jürgen Micksch
Darmstadt, Januar 2021

Stiftung gegen Rassismus

Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus ist das Ergebnis eines längeren Weges mit unterschiedlichen Wurzeln. Dazu gehören die Interkulturelle Woche oder Pro Asyl, die später dargestellt werden. Die direkte Vorgeschichte begann mit dem Interkulturellen Rat.

Gründung durch den Interkulturellen Rat

Rechtsextremistische, rassistische und gewalttätige Ausschreitungen gegen zugewanderte Menschen prägten die Jahre seit 1990. Um dem entgegenzuwirken formulierte ich als stellvertretender Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing erste Gedanken zur Bildung eines Interkulturellen Rates und schrieb am 14.12.1992 in einem Konzept: „Ziel des Interkulturellen Rates ist es, gesellschaftliche Lernprozesse anzuregen und umzusetzen, mit denen dazu beigetragen werden kann, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt gegen Ausländer zu überwinden.“

In Zusammenarbeit mit dem DGB-Landesbezirk Bayern gründeten wir damals die „Interkulturelle Arbeitsgemeinschaft in Bayern“, in der diese Überlegungen aufgegriffen wurden und die sich in einer Erklärung vom 17.2.1993 dafür aussprach, „das friedliche Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zuwanderern zu fördern“. Die Arbeitsgemeinschaft verstand sich als ein „Zusammenschluss von Personen, die in Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen,

Wohlfahrtsorganisationen, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsräten, deutschen und ausländischen Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen und öffentlichen Organisationen oder Einrichtungen mit Zuwanderinnen und Zuwanderern, Flüchtlingen und Aussiedlern zusammenarbeiten.“

Als ich im September 1993 als Interkultureller Beauftragter zur Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) ging, fand sich allerdings niemand, der diese Arbeitsgemeinschaft weiterführte.¹

In der neuen Funktion in Darmstadt habe ich diese Idee wieder aufgegriffen. Dafür erstellte ich die Satzung für einen Interkulturellen Rat in Deutschland, die am 11. Mai 1994 in einem kleinen Kreis in Frankfurt am Main erörtert, überarbeitet und bei der konstituierenden Sitzung am 31. August 1994 angenommen wurde. Der Rat hatte zum Ziel, sich um „Beiträge zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Gewalt“ zu bemühen, wie es in § 2 der Satzung formuliert wurde. Der Vereinszweck sollte auch durch die „Erarbeitung von Materialien zum Tag der Vereinten Nationen zur Überwindung von Rassismus“ verwirklicht werden.²

¹ Jürgen Micksch, *Interkulturelle Modelle gegen Rassismus*, Berlin 2014, Seite 9

² Jürgen Micksch, *Interkulturelle Modelle gegen Rassismus*, Berlin 2014, Seite 77

Ähnlich wie die bayerische Arbeitsgemeinschaft war der Interkulturelle Rat breit zusammengesetzt. Die Mitglieder kamen aus unterschiedlichen Lebensbereichen und etwa die Hälfte hatte eine Migrationsgeschichte. Dadurch wurden Konflikte realistisch beraten. Zugleich erschwerte das auch Kooperationen. Bei manchen Themen konnten wir uns nicht verständigen. Als Arbeitsgruppen wurden beim Interkulturellen Rat das Abrahamische Forum und das Deutsche Islamforum eingerichtet. Doch diese beiden Gremien waren immer wieder so umstritten, dass sie nur schwer im Rahmen des Interkulturellen Rates weitergeführt werden konnten und sich verselbständigten. Einig waren sich jedoch alle darin, den Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März als zentrales Symboldatum aufzubauen.

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Jahrelang gelang es allerdings nur, eine Handvoll Veranstaltungen zum UN-Tag gegen Rassismus am 21. März durchzuführen - und sie waren meist schlecht besucht. Uns wurde immer wieder vorgehalten, dass es in Deutschland nach der nationalsozialistischen Katastrophe keinen Rassismus mehr gebe. Projekte mit dem Begriff „Rassismus“ wurden von staatlichen Stellen abgelehnt und nicht weiter behandelt. Erstmals haben wir am 21. März 1995 mit Veranstaltungen zum UN-Tag gegen Rassismus begonnen. Nach etwa sieben Jahren konnten etwa 26 Veranstaltungen vor allem an Schulen stattfinden. Nach den Schulen erreichten wir den Sport, Volkshochschulen und Kommunen. Die Projektreferentin Katja Schubert und später Torsten Jäger mussten dafür viel Überzeugungsarbeit leisten.

Die Zahl der Veranstaltungen nahm laufend zu. Aus dem Tag gegen Rassismus entwickelte sich im Jahr 2002 die bundesweite Aktionswoche und seit 2008 die zwei Wochen. Im März 2013 wurden uns über 1.300 Veranstaltungen gemeldet.

Bei der Planungstagung am 26. September 2013 schlug ich vor, zur Finanzierung der Arbeit einen Förderverein für die UN-Wochen einzurichten. Theo Zwanziger, der frühere Präsident des Deutschen Fußballbundes, sprach mich in der Pause darauf an und empfahl die Gründung einer Stiftung, für die er das erforderliche Grundkapital zur Verfügung stellen wollte. Dem stimmte ich gern zu. Ich erstellte eine Satzung und suchte nach weiteren Stiftern. Zusammen mit Förderungen durch die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), Pro Asyl und den Interkulturellen Rat konnte bereits am 6. Mai 2014 vom Regierungspräsidium Darmstadt die „Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts anerkannt werden. Das Finanzamt Darmstadt bescheinigte die Gemeinnützigkeit. Seit 2016 übernahm die Stiftung die operativen Arbeiten für die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom Interkulturellen Rat.

Zu dieser Zeit war ich geschäftsführender Vorstand der Stiftung, Vorsitzender des Interkulturellen Rates, Geschäftsführer des Abrahamischen Forums und anderer Gremien – das war einfach zu viel. Beim Interkulturellen Rat stellte ich mich deswegen nach 22 Jahren als Vorsitzender nicht mehr zur Wahl. Da sich bei diesem

Ehrenamt niemand für die Nachfolge fand, wurde der Interkulturelle Rat auf meinen Antrag am 19. Juli 2017 von der Mitgliederversammlung einstimmig aufgelöst. Die Aufgaben des Interkulturellen Rates wurden an das Abrahamische Forum in Deutschland e.V. und die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus übertragen.

Die Stiftung

Stiftungszweck ist nach der Satzung insbesondere „die Vorbereitung, Planung, Durchführung, Koordinierung und Nacharbeit von Veranstaltungen zu den jährlichen UN-Wochen gegen Rassismus“ und „die Förderung von Modellprojekten, die das Ziel haben, zur Überwindung von Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem Rassismus oder Rassismus gegenüber Menschen anderer Hautfarbe und Flüchtlingen beizutragen“.³

Die Förderung von Kontakten zwischen Menschen mit und ohne Rassismus-Erfahrungen sollte zum Abbau von ablehnenden Einstellungen und rassistischem Denken beitragen. Darum sollen bei möglichst allen Veranstaltungen und Projekten Menschen mit Migrationsgeschichte mitwirken. Öffentlich anerkannte Persönlichkeiten werden um Unterstützung der Aktivitäten gebeten. Überwiegend erfolgt das Engagement ehrenamtlich und durch gute Kontakte zu den Medien.

³ Jürgen Micksch, *Interkulturelle Modelle gegen Rassismus*, Berlin 2014, Seite 83

Durch die Gründung der Stiftung waren neue Impulse möglich. So wurden Arbeitskreise wie „Religionen laden ein“, „SCHULTER AN SCHULTER“, die Projekte „Prominent gegen Rassismus“ und „Engagiert gegen Rassismus“ sowie „Europäische Zivilgesellschaft gegen Rassismus“ eingerichtet.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat am 14. Juni 2017 im Bundeskabinett den „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus“ verabschiedet, in dem es auf Seite 29 heißt: „Die jährlich im März stattfindenden UN-Wochen gegen Rassismus werden in Deutschland durch die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus koordiniert. Mehr als 80 bundesweite Organisationen sind daran beteiligt. Zu den Veranstaltern zählen Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände, Kommunen, Gewerkschaften sowie Arbeitgeberverbände und viele weitere. Das BMFSFJ und die Integrationsbeauftragte fördern in diesem Zusammenhang das Projekt `Prominent gegen Rassismus.“

Die Stiftung hat einen Vorstand aus zwei Personen mit der Schriftstellerin Jagoda Marinic aus Heidelberg und mir als geschäftsführendem Vorstand. Vorsitzender des Stiftungsrates mit bis zu fünf Mitgliedern wurde Theo Zwanziger, dem später Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth nachfolgte. Ein Beirat berät den Stiftungsvorstand. Bundesweite Unterstützer und Kooperationspartner fördern die Arbeit – dazu gehören Organisationen aus Religionsgemeinschaften, Sportverbänden, Unternehmen,

Gewerkschaften, Stiftungen, Medien, Menschenrechtsorganisationen, kulturellen, sozialen, wissenschaftlichen, kommunalen sowie staatlichen Einrichtungen. Darüber hinaus gibt es ein Aktionsbündnis mit über 120 regionalen Initiativen.

Während es in der Anfangszeit des Interkulturellen Rates kaum finanzielle Förderungen gab, wird die Arbeit inzwischen von der Bundesregierung unterstützt sowie von Unternehmen, Gewerkschaften, sozialen Einrichtungen, Religionsgemeinschaften, Stiftungen und einzelnen Person

Jährlich werden der Stiftung über 1.500 Veranstaltungen zu den Aktionswochen gemeldet, die in den unterschiedlichsten Lebensbereichen stattfinden. Dazu kommen über 1.700 Freitagsgebete, die sich der Überwindung von Rassismus in Ansprachen und Gebeten der Moscheegemeinden widmen und weitere 100 religiöse Feiern. 77 Persönlichkeiten setzen sich im Rahmen von "Prominent gegen Rassismus" für die UN-Wochen ein, etwa 200 bei „Engagiert gegen Rassismus“ und über 110 bei SCHULTER AN SCHULTER – Einrichtungen, die weiterhin im Aufbau sind. Über 200.000 Menschen haben sich 2019 an Veranstaltungen zu den UN-Wochen gegen Rassismus beteiligt. Jährlich werden diese Aktivitäten gegenwärtig von Marlies Horch und Moritz Glenk in einer Dokumentation zusammengestellt, analysiert und veröffentlicht.

Seit 2020 wird im Rahmen von „Engagiert gegen Rassismus“ der Einsatz von anerkannten Persönlichkeiten aus Lebensbereichen

wie der Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr, Unternehmen, Kultur, Wissenschaft, Religion oder Sport gefördert. Deutschland soll zu einem Land werden, das menschenfreundlich geprägt ist und in dem Rassismus und Gewalt zurückgedrängt werden. 25 Jahre hat es seit Gründung des UN-Tages gegen Rassismus gedauert, bis in Deutschland verstanden wurde, dass Rassismus eine Realität ist. Eine ähnlich lange Zeit wird es voraussichtlich dauern, bis hoffentlich davon gesprochen werden kann, dass Rassismus und Gewalt nur noch eine marginale Bedeutung haben.⁴

Die Aktionswochen 2019

Im März 2019 wurden der Stiftung bundesweit über 1.850 Veranstaltungen gemeldet, im Corona-Jahr 2021 waren es über 1.500 – zwei Drittel davon digital. Besonders zahlreich waren Diskurse zur Überwindung von Hass und Rassismus in Vereinen, Städten, Schulen, Kindergärten, Religionsgemeinden, Unternehmen, Volkshochschulen, Gewerkschaften und sportlichen Einrichtungen.

Grundlage für die jährliche Dokumentation dieser Aktivitäten sind Berichte und Meldungen der örtlichen Initiativen über ihre Veranstaltungen, die überwiegend ehrenamtlich durchgeführt werden. Dabei ist davon auszugehen, dass viele Veranstaltungen der Stiftung gar nicht gemeldet werden. Die wachsende Anzahl, die inhaltliche und gestalterische Vielfalt und die vielen Teilnehmenden zeigen, dass die UN-Wochen gegen Rassismus eine immer

⁴ Vgl. Jürgen Micksch, *Für eine menschenfreundliche Gesellschaft. 25 Jahre Internationale Wochen gegen Rassismus, Darmstadt 2020*

stärkere Bewegung werden. Vielerorts sind aus den einzelnen Aktivitäten und Projekten neue Initiativen und Bündnisse erwachsen. So wird das Engagement gegen Hass und Rassismus immer breiter und nachhaltiger.

Diese Solidaritätsbewegung ist eine Antwort auf besorgniserregende Entwicklungen in Europa. Sie ist dringend erforderlich, um der zunehmenden Normalisierung von Hass, Rassismus und Gewaltbereitschaft und dem Erstarken rechtspopulistischer und nationalistischer Gruppierungen entgegenzuwirken.

32% der Aktivitäten wurden von oder mit Vereinen durchgeführt. Es gab zahlreiche Sportveranstaltungen, insbesondere im Bereich Fußball. Ein Großteil der Aktionen wurde von Städten und Kommunen organisiert. Viele entwickelten eigene Flyer, Programmhefte und Plakate, die dann in Bahnhöfen, Fußgängerzonen und anderen öffentlichen Plätzen hängen oder ausgelegt werden. Im März 2019 war das Programm von München mit über 130 Veranstaltungen besonders umfangreich. Aber auch Dresden, Münster und Berlin hatten über 100 Veranstaltungen. Insgesamt haben sich 230 verschiedene Städte an den Aktionswochen beteiligt. Durch regionale „eigene Wochen gegen Rassismus“ wird ein starkes Identifikationsgefühl mit den Anliegen der UN-Wochen geschaffen.

Der weitaus größte Anteil der Veranstaltungen fand in Form von Vorträgen, Diskussionen, Workshops und Seminaren statt. Das

weist darauf hin, dass inhaltliche Diskurse im Mittelpunkt standen. Beliebt waren auch Filmvorführungen: Dokumentationen und thematisch passende Spielfilme regten zu anschließenden Diskussionen an. Kulturelle Veranstaltungsformen wie Ausstellungen, Lesungen, Konzerte, Theateraufführungen wurden vielfach genutzt, um die Themen Hass, Rassismus und Ausgrenzung zu behandeln. Des Weiteren fanden zahlreiche Informationsveranstaltungen statt sowie zum Teil mehrtägige Schulungen. Thematisiert wurde dabei der alltägliche Hass und Rassismus in der Mitte der Gesellschaft. So gab es Fortbildungen wie „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen! – Wenn Sprache rassistisch wirkt“. Teilnehmende lernten, welche eigene Position sie einnehmen können, wie sie den Schreckmoment nach Hasreden überwinden und sich souverän mit Rassismus auseinandersetzen können.

Bei den Veranstaltungen wurde darauf geachtet, dass in der Planung und Durchführung Menschen einbezogen werden, die selbst von Hass und Rassismus betroffen sind. Die dadurch ausgelösten Diskurse sind für das friedliche Miteinander in einer Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Hierfür waren Zeitzeug*innen immer wieder sehr gefragt. Gedenkfahrten und Stadtrundgänge wurden organisiert und Zeitzeug*innen berichteten und studierten mit Teilnehmenden alte Dokumente: So konnten beispielsweise beim „Tag der Quellen“ im Münchner Volkstheater Schülerinnen und Schüler Originaldokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus lesen und reflektieren.

Sehr präsent waren die Themen „Flucht und Asyl“. Oft wurde die Lage im Mittelmeer und an Europas Außengrenzen thematisiert, insbesondere die Seenotrettung. Die aktuelle Situation von Geflüchteten in Griechenland wurde dargestellt und die Frage unserer Menschlichkeit erörtert.

Häufiges Thema war auch der antimuslimische Rassismus. Dabei konnte die Veröffentlichung „Antimuslimischer Rassismus. Wandel durch Kontakte“ genutzt werden, die von der Stiftung gegen Rassismus im Jahr 2018 in 4. Auflage gedruckt worden ist. In ihr wird aufgezeigt, dass der antimuslimische Rassismus dort am ehesten abgebaut werden kann, wo es zu Kooperationen mit Muslimen kommt. Dabei sind gemeinsame Projekte von besonderer Bedeutung, die sich mit Themen wie dem Naturschutz, anti-rassistischer Arbeit, Friedenarbeit oder mit Zielen von Bürgerinitiativen befassen.⁵

Religionen laden ein

Nach der ständigen Zunahme von antimuslimischen Vorurteilen und Hassreden tauschten wir uns dazu mit muslimischen Verbänden in Deutschland aus. Gemeinsam wollten wir mehr Kontakte und Diskurse zwischen muslimischen Gemeinden und ihren Nachbarn anregen. Wir haben den Arbeitskreis „Muslime laden ein“ mit Persönlichkeiten unterschiedlicher muslimischer Gruppierungen in Deutschland eingerichtet. Die muslimischen Gemeinden baten wir darum, während der UN-Wochen in Ansprachen bei den Freitagsgebeten auf die Überwindung von Hass und Rassismus einzu-

⁵ Jürgen Micksch, Hrsg., *Antimuslimischer Rassismus*, Darmstadt 2018, 4. Auflage

gehen und Menschen in der Nachbarschaft dazu einzuladen und mit ihnen darüber zu sprechen. Im Jahr 2015 wurde das bereits bei 300 Freitagsgebeten aufgegriffen und 60 Moscheevereine luden Nachbarn zu Gesprächen ein. Die dabei gemachten Erfahrungen waren so positiv, dass in den folgenden Jahren auch Oberbürgermeister*innen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dazu eingeladen wurden.

Im März 2018 besuchte Oberbürgermeister Ashok Sridharan in Bonn die Synagoge anlässlich der UN-Wochen gegen Rassismus. Der Direktor des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Daniel Neumann, sprach beim Freitagsgebet erstmals in der Moschee in Raunheim/Hessen. Das fand auch medial große Beachtung.

Der Arbeitskreis „Muslime laden ein“ bei der Stiftung gegen Rassismus hat darüber am 3. Mai 2018 beraten und beschlossen, Persönlichkeiten anderer Religionsgemeinschaften zur Mitwirkung einzuladen. Er bezeichnete sich danach als AK „Religionen laden ein“. Seitdem haben sich Vertretungen der Arbeitsgemeinschaft der Christlichen Kirchen in Deutschland, des Geistigen Rates der Bahai, des Zentralrates der Eziden in Deutschland, des Judentums, der Buddhisten, Hinduisten, Aleviten und der Sikh-Religion angeschlossen. In einem gemeinsamen Aufruf wurde dazu ange-regt, Menschen anderer Religionen zu religiösen Feiern während der Internationalen Wochen gegen Rassismus einzuladen und sich mit ihnen zur Überwindung von Hass und Rassismus auszutauschen.

Im Jahr 2019 haben sich über 1.700 Moscheegemeinden daran beteiligt. Neun jüdische Persönlichkeiten wurden zu Freitagsgebeten eingeladen und haben zu Moscheegemeinden gesprochen und mit den Gemeindegliedern darüber beraten, wie Hass, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus abgebaut werden können.

Verschiedene Synagogen haben zu Sabbatgebeten während der UN-Wochen eingeladen. Ein besonderes Beispiel war ein Gottesdienst am 17. März 2019 im hessischen Seeheim, bei dem der Kirchenpräsident der EKHN, Dr. Volker Jung, predigte und Ansprachen durch jüdische und muslimische Persönlichkeiten erfolgten. Das Echo in der Gemeinde und darüber hinaus war durchweg positiv.

Von der Mitgliederversammlung des Abrahamischen Forums in Deutschland wurden diese gemeinsamen Feiern ausdrücklich unterstützt. Zusammen mit der Stiftung gegen Rassismus wurde der Aufruf „Religionen laden ein“ für die UN-Wochen 2020 veröffentlicht.

Bei der bundesweiten Eröffnung der Interkulturellen Woche am 27. September 2020 in der Münchner Frauenkirche sprachen beim Gottesdienst mit Kardinal Reinhard Marx, dem Vorsitzenden des Rates der EKD, Heinrich Bedford-Strohm, und dem Vorsitzenden der Orthodoxen Bischofskonferenz, Metropolit Augustinos ebenfalls jüdische und muslimische Persönlichkeiten. Es ist zu hoffen,

dass solche Beispiele zu Traditionen werden, die sich bei künftigen Gottesdiensten zu den Interkulturellen Wochen und zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus durchsetzen.

SCHULTER AN SCHULTER

Hassreden führen zu Gewalt. In den vergangenen Jahren haben antisemitische, antimuslimische und rassistisch motivierte Angriffe ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Im Jahr 2019 waren in Deutschland von den gemeldeten Fällen im Bereich der Hasskriminalität 2.032 Straftaten antisemitisch und 950 antimuslimisch motiviert. Darüber hinaus gab es über 3.700 fremdenfeindliche Angriffe. Da nicht alle Vorfälle gemeldet werden, ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Bei der Stiftung wurde seit dem 9. April 2018 der Arbeitskreis SCHULTER AN SCHULTER (SaS) eingerichtet, nachdem in der Stadt Darmstadt die Scheiben einer Moschee eingeworfen und die Außenwände beschmiert worden waren. Der dort wohnende Imam und seine Familie hatten Angst und wagten sich nicht mehr nach draußen. In der Stadt passierte erstmal gar nichts. Die Stiftung gegen Rassismus verfasste dann zusammen mit jüdischen, christlichen und muslimischen Gemeinden und Einzelpersonen einen Brief und organisierte einen Solidaritätsbesuch in der Moschee. An diesem nahm auch der Oberbürgermeister teil. Der muslimischen Gemeinde wurde durch die Gespräche und Aktionen wieder Mut gemacht.

Im Anschluss an diese Erfahrung haben wir SCHULTER AN SCHULTER (SaS) gegründet. Eingerichtet wurde eine Leitungsgruppe mit Vertretungen der Stiftung gegen Rassismus, des Abrahamischen Forums in Deutschland, Direktor Daniel Neumann vom Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen und Abdassamad El Yazidi, dem Generalsekretär des Zentralrates der Muslime in Deutschland. Die Geschäftsführung bei der Stiftung gegen Rassismus erfolgte inzwischen durch Claudia Falke. Ein beratender Beirat wurde aufgebaut mit Persönlichkeiten wie dem Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, dem evangelischen Bischof von Berlin, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Muslime in Deutschland, dem Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung, einer Vertreterin der Stadt Heidelberg, einer Vertreterin des Bundesvorstandes der Gewerkschaft ver.di, einer Vertreterin des Zentralrates der Sinti und Roma und anderen.

Bei SCHULTER AN SCHULTER sind die Aktiven vor Ort entscheidend: Menschen, die dazu bereit sind, im Falle von hasserfüllten oder rassistischen Angriffen Kontakte mit den Betroffenen aufzunehmen und solidarische Aktivitäten anzuregen. Über 110 Persönlichkeiten an mehr als 70 Orten in Deutschland wirken inzwischen bei SCHULTER AN SCHULTER mit. Diese Arbeit ist weiter im Aufbau.

Wo es zu hasserfüllten und gewalttätigen Übergriffen oder Anschlägen kommt, sollen Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam auftreten:

- Solidaritätsbesuche bei Betroffenen werden angeregt.
Es geht darum, dass Opfer von Hass und Gewalt nicht allein-
gelassen werden. Gespräche sollen mit ihnen geführt werden.
- Solidarisierende Briefe mit Unterschriftenlisten
werden empfohlen.
- Medien werden darum gebeten, über diese Zeichen von
Solidarität ausführlich zu berichten und nicht vor allem
über die Gewalttaten.
- Diskurse im Rathaus oder anderen Einrichtungen über Hass
und Gewalt werden befürwortet, bei denen auch öffentlich
bekannte Persönlichkeiten beteiligt werden.
- Schweigeminuten bei Sportveranstaltungen oder in Schulen
und anderen Einrichtungen werden befürwortet.
- Veranstaltungen in Religionsgemeinden werden angeregt,
bei denen die von Hass und Gewalt betroffenen Menschen ihre
Erfahrungen darstellen und darüber sprechen können.
- Von der Stiftung gegen Rassismus können die dabei stattfin-
denden Diskurse auch finanziell unterstützt werden.

SCHULTER AN SCHULTER (SaS) setzt sich dafür ein, dass bei jeder Form von Gewalt breite Solidarisierungen mit den Opfern erfolgen. Die Täter dürfen nicht den Eindruck bekommen, dass menschenfeindliche Aktionen von der Bevölkerung akzeptiert werden. SCHULTER AN SCHULTER gibt Anregungen, was bei Anschlägen getan werden kann.

Engagiert gegen Rassismus

Seit Februar 2020 wird mit Förderung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz, das neue Projekt „Engagiert gegen Rassismus“ aufgebaut. Personen in unterschiedlichen Berufsgruppen werden damit erreicht. Sie sollen dafür gewonnen werden, sich in ihrem Umfeld gegen Rassismus und für eine menschenfreundliche Gesellschaft zu engagieren. Eine Experten-Datenbank mit Personen aus der Literatur, Musik, Theater, Wissenschaft oder dem Sport wird eingerichtet, die für unterschiedliche Veranstaltungen genutzt werden kann.

„Engagiert gegen Rassismus“ greift Erfahrungen auf, die wir mit „Prominent gegen Rassismus“ machten. Durch die starke Wirkung von öffentlich anerkannten Persönlichkeiten begannen wir seit September 2016, sie zu einer Mitwirkung bei Veranstaltungen gegen Hass und Rassismus in Schulen, Jugendgruppen, Sportvereinen, Religionsgemeinden, Gewerkschaftsgruppen, Kommunen, Volkshochschulen oder Universitäten zu gewinnen. Sie sollten dort über ihre Erfahrungen sprechen und darüber diskutieren.

Anfangs war die Bereitschaft zur Mitwirkung sehr zögerlich, zumal keine Erfahrungen vorlagen. Nachdem dann erste Berichte veröffentlicht wurden, hat sich das verändert. Inzwischen arbeiten 77 prominente und in Deutschland bekannte Persönlichkeiten mit, die auf Anfrage zu Veranstaltungen vermittelt werden können. Verschiedene Publikationen informieren über diese Arbeit.⁶

Mitwirkende Persönlichkeiten kommen aus Bereichen wie der Feuerwehr, Literatur, Medienarbeit, Unternehmen, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Politik, Wissenschaft oder des Sports. Diskurse mit ihnen haben eine starke Ausstrahlung. Die Veranstaltungen sind meistens sehr gut besucht. Die Teilnehmenden berichten in ihrem Umfeld über diese Begegnungen. Radio, Fernsehen, Zeitungen oder soziale Medien weisen auf diese Veranstaltungen hin und informieren darüber.

Gespräche mit der Polizei

Bei „Engagiert gegen Rassismus“ begannen wir mit der Polizei, zu der es insbesondere bei Menschen mit Migrationsgeschichte häufig Vorbehalte gibt. Viele kommen aus Herkunftsländern, in denen sie negative Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben,

⁶ *Prominent gegen Rassismus. Anregungen für die UN-Wochen, 50 Seiten, Darmstadt 2018*
Prominent gegen Rassismus. Gesicht zeigen – Stimme erheben, Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus, 28 Seiten, Darmstadt 2019
Gesicht zeigen – Stimme erheben. Impulse. Die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2020, 76 Seiten, Darmstadt 2019
Jürgen Micksch, Für eine menschenfreundliche Gesellschaft. 25 Jahre Internationale Wochen gegen Rassismus, 44 Seiten, Darmstadt 2020

die sie nun auf Deutschland übertragen. Deshalb ist es wichtig, dass sie hier über die vielfältigen Aufgaben der Polizei informiert werden und über die umfassende Ausbildung, die Polizisten erhalten.

Auf der anderen Seite kommt die Polizei meist dann zu einem Einsatz, wenn es Konflikte gibt. Dadurch werden negative Einstellungen eher verstärkt. Immer wieder wird von rassistischen Vorfällen und von Racial Profiling bei der Polizei berichtet. Dadurch werden Menschen mit Migrationsgeschichte und rassistischen Erfahrungen zusätzlich verunsichert.

Die Stiftung bemüht sich daher insbesondere bei den UN-Wochen gegen Rassismus um Gespräche mit der Polizei, bei denen über gegenseitige Vorurteile gesprochen und sie nach Möglichkeit abgebaut werden können. Dafür ist die Zusammenarbeit mit Polizist*innen besonders wichtig, die eine Mitwirkung bei „Engagiert gegen Rassismus“ zugesagt haben. Es ist erfreulich, dass diese Bemühungen durch den Bund Deutscher Kriminalbeamter und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unterstützt werden.

Für eine Kontaktkultur

Erste Erfahrungen mit „Engagiert gegen Rassismus“ zeigen, dass es unterschiedliche Milieus im Engagement gegen Rassismus gibt. Persönlichkeiten aus den Medien, Religionsgemeinschaften, Kultur oder Unternehmen sind gut ansprechbar und zu gewinnen. Auch die Bereitschaft bei der Feuerwehr ist erfreulich.

Schwieriger ist das bei der Polizei, und noch keine Erfahrungen haben wir bei der Bundeswehr.

Um unterschiedliche gesellschaftliche Milieus zu erreichen sind neue Ansätze erforderlich. Zwar wird in breiten gesellschaftlichen Schichten Rassismus verbal abgelehnt – und das ist eine gute Grundlage für diese Arbeit. Es hat sich eine Empörungskultur entwickelt, wenn es vor allem in den USA rassistische Morde gibt. Beachtliche Demonstrationen finden dann statt.

Wenn es aber um einfache Aktionen und Aktivitäten mit Betroffenen geht, dann ist ein Engagement ungleich schwieriger. Hier ist nun anzusetzen und eine Kontaktkultur zu entwickeln. Das soll dadurch erreicht werden, dass Menschen in verschiedenen sozialen und beruflichen Lebensbereichen gewonnen werden. Dadurch sollen rassistische Milieus ausgetrocknet werden.

Militärdekan Dr. Michael Rohde bei der Bundeswehr-Hochschule in Hamburg veranstaltet Kurse zu den UN-Wochen mit den Studierenden. Es gehört zum Selbstverständnis der Bundeswehr, sich für die Menschenwürde und gegen Rassismus zu engagieren. Es ist spannend zu beobachten, inwieweit es bei der Bundeswehr gelingt, Menschen zu finden, von denen die UN-Wochen öffentlich befürwortet werden und die dazu bereit sind, dafür Gesicht zu zeigen und bei Veranstaltungen mitzuwirken.

Geistliche aller Religionen sprechen sich gegen Rassismus aus. Es ist beachtlich, dass über 1.700 Moscheegemeinden und zahl-

reiche Synagogen dazu bereit sind, Menschen anderen Glaubens in der Zeit der UN-Wochen gegen Rassismus zu Freitagsgebeten und Sabbatfeiern einzuladen und mit ihnen über die Überwindung von Antisemitismus und Rassismus zu sprechen. Bisher ist es allerdings erst gelungen, relativ wenige Christengemeinden für solche Einladungen zu gewinnen. Zwar sind Pfarrer*innen meist dafür zu aktivieren, sie haben aber Schwierigkeiten, die Zustimmung ihrer Gemeindevertretungen zu erreichen. In den kommenden Jahren bemühen wir uns hier um einen Wandel. Bei aller Unterstützung durch kirchenleitende Gremien ist es ein mühevoller Weg, Vorbehalte in Christengemeinden abzubauen.

Antirassistische Rundgänge

Bei der Planungstagung zu den UN-Wochen gegen Rassismus am 21. September 2020 in Mainz habe ich gefragt, ob „Antirassistische Spaziergänge“ für Sonntag, 21. März 2021 vorgeschlagen werden sollten - dem nächsten Internationalen Tag gegen Rassismus. Antirassistische Rundgänge können beispielsweise am Rathaus beginnen und dann Orte des Gedenkens, Synagogen, Moscheen oder Flüchtlingsunterkünfte miteinander verbinden. In kurzen Ansprachen anlässlich des UN-Tages gegen Rassismus kann für die Überwindung von Rassismus geworben werden. Gleich am nächsten Tag schrieb mir Dr. Alex Mommert vom Deutschen Städtetag, dass er sich eine solche Initiative gut vorstellen und sie auch unterstützen könnte.

Solche Rundgänge können vielfältig gestaltet werden. Sie sollen Zeichen gegen Rassismus setzen. Breite Bündnisse können das

vorbereiten, die bereits jetzt an vielen Orten bei den UN-Wochen gegen Rassismus zusammenarbeiten. Erwachsene und Kinder können sich daran beteiligen. Kommunen, Schulen, Sportvereine, Betriebe, Feuerwehr, Gewerkschaften, Religionsgemeinden, Migranten- und Flüchtlingsinitiativen, kulturelle Einrichtungen etc. könnten dazu aufrufen. Durch die bei den Rundgängen erfolgenden Kontakte können gegenseitige Vorurteile abgebaut und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beigetragen werden. Damit wird ein menschenfreundliches Miteinander in Kommunen gestärkt.

Die Stiftung gegen Rassismus rief gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag für den 21. März 2021 erstmals zu „Rundgängen für Demokratie und gegen Rassismus“ auf. Oberbürgermeister*innen wurden darum gebeten, dabei initiativ zu werden. Durch die Corona-Pandemie konnten die Rundgänge 2021 meist nicht stattfinden und sind nun für den 20. März 2022 geplant.

Aktionstage für die Menschenwürde

Immer mehr Einrichtungen der Zivilgesellschaft setzen sich mit Aktionstagen für ein friedliches Zusammenleben und gegen Hass und Rassismus ein. Sie haben sich auf Initiative der Stiftung gegen Rassismus und des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses für die Interkulturelle Woche am 28. Januar 2019 in Frankfurt am Main im „Arbeitskreis Aktionstage für die Menschenwürde“ zusammengeschlossen. Jedes Jahr führen sie weit über 10.000 Veranstaltungen durch. Diese Aktivitäten sind durch die jährlichen

Wiederholungen nachhaltig. Die Zusammenarbeit und der Austausch sollen diese Arbeit verstärken.

In dem Arbeitskreis arbeiten die Geschäftsstellen von Einrichtungen mit, wie die Woche der Brüderlichkeit, die Internationalen Wochen gegen Rassismus, der ROMADAY – Solidarität mit den Sinti und Roma, der Tag der Nachbarn, die Aktionswoche zum Tag gegen antimuslimischen Rassismus, die Interkulturelle Woche, der Tag des Flüchtlings, der Tag der offenen Moschee, die Woche gegen Antisemitismus und der Tag der Menschenrechte. Diese Aktivitäten haben gemeinsam, dass sie ein menschenfreundliches Miteinander stärken wollen. Menschenfeindliche Aktivitäten sollen zurückgedrängt werden.

Allein von der Stiftung gegen Rassismus werden jedes Jahr weit über 3.000 Veranstaltungen angeregt und koordiniert. Seit Jahren erhöhen sich die Zahlen der Veranstaltungen - ausgenommen ist die Zeit der Corona-Pandemie. Viele Millionen Menschen werden durch die Berichte im Rundfunk, Fernsehen, in Zeitungen oder in den sozialen Medien erreicht.

Europäische Zivilgesellschaft gegen Rassismus

Im Anschluss an die Planungstagung zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus trafen sich am 21. September 2021 in Mainz einige Persönlichkeiten aus europäischen Ländern. Sie erörterten die dramatischen Auswirkungen des Rassismus in Europa. So hatte der Brexit in Großbritannien rassistische Wur-

zeln. In Dänemark sind die regierenden Sozialdemokraten zu einer rassistischen Partei geworden. In Polen oder Ungarn sind rassistische Parteien an der Regierung, die Europa spalten. Eine rechtsextreme Partei prägt in Slowenien die Regierung. In Österreich war die rassistische FPÖ mit an der Regierung und nach ihrem Ausscheiden versucht die ÖVP als Regierungspartei, deren Wählerinnen und Wähler zu gewinnen und übernimmt rassistische Positionen. In Frankreich hat eine rassistische Partei Chancen, den nächsten Präsidenten zu stellen. Ähnliches gilt für zwei rechtspopulistische Parteien in Italien. Die Europäische Kommission und die europäischen Regierungen tragen die Verantwortung für die Toten im Mittelmeer – sie sind ein Ausdruck von rassistischem Verhalten gegenüber Flüchtlingen.

Politische Parteien sind von Wahlen abhängig und engagieren sich wenig oder gar nicht gegen Rassismus. Die Überwindung von Rassismus wird zu einer Aufgabe der Zivilgesellschaft. Mehrheiten sind in der Bevölkerung zu organisieren, die sich für eine menschenfreundliche Gesellschaft und die Überwindung von Rassismus einsetzen. Eine Vielfalt von Aktivitäten ist dafür erforderlich. Es ist zu hoffen dass sich dadurch das Verhalten demokratischer politischer Parteien verändert.

Auf der Grundlage dieser Analysen wurde bei der Stiftung gegen Rassismus ein Arbeitskreis gebildet, der sich austauschen und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rassismus in europäischen Ländern stärken will. Er steht noch ganz am Anfang.

Pro Asyl

Im Herbst 1985 kamen immer mehr Asylsuchende nach Deutschland. Die Stimmung in der Bevölkerung war ihnen gegenüber durchweg ablehnend. In zahlreichen kleineren Orten versammelten sich Bürger und versuchten zu verhindern, dass die Asylsuchenden in ihrem Ort aufgenommen werden. Und was empörend war: Es gab kaum eine Stimme, die sich für diese Flüchtlinge einsetzte.

Damals sprach ich darüber mit meinem katholischen Kollegen Rechtsanwalt Herbert Becher vom Kommissariat der Deutschen Bischöfe, der viele Erfahrungen im Flüchtlingsbereich hatte. Ich wollte mich dafür einsetzen, dass sich wenigstens die Sozialverbände zusammenschließen und für Flüchtlinge eintreten. Doch er sagte mir, dass ich das lassen sollte, da diese Verbände zerstritten seien und dabei nichts zu erreichen sei.

Das hat mich nicht zufriedengestellt. Zum 30. November 1985 lud ich zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing nach Hof in Bayern ein, wo wir über die aktuellen Entwicklungen sprechen wollten. Teilgenommen hat neben Landesbischof Dr. Johannes Hanselmann der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland, René van Rooyen. Mein Gedanke war es, mit Hilfe des UN-Kommissars die deutschen Verbände zu einer Kooperation zu gewinnen. Am Abend nach der Veranstaltung saß ich mit René van Rooyen zusammen und fragte ihn, ob er sich vorstellen könnte, einen deutschen Flüchtlingsrat zu unterstützen, wie es ihn ähnlich in Holland gab. Er befürwortete dies und wir besprachen das weitere Vorgehen.

In den folgenden Monaten traf ich mich zu weiteren Gesprächen mit René van Rooyen, meinem katholischen Kollegen Pfarrer Herbert Leuninger vom Bistum Limburg, Günter Burkhardt vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger und anderen. Gemeinsam sprachen wir über das Vorgehen und schließlich lud ich einen kleinen Kreis von verantwortlichen Persönlichkeiten vor allem aus den Sozialverbänden zu einer Tagung am 30. Juni 1986 in die Evangelische Akademie Tutzing ein. Dafür hatte ich ein „Konzept zur Bildung eines Flüchtlingsrates“ vorbereitet, das ich bei der Sitzung vorlegen wollte. René van Rooyen sprach dort einführend und bald danach gab es so heftige Auseinandersetzungen, dass wir die vorgesehene Bildung eines Flüchtlingsrates zuerst einmal zurückstellten. In Absprache mit dem UNHCR in der Bundesrepublik Deutschland lud ich dann ausgewählte Personen zur „konstituierenden Sitzung des Flüchtlingsrates“ für den 8. September 1986 in das Dominikanerkloster nach Frankfurt am Main ein.

Darauf schrieb mir Dr. Konrad Pölzl vom Deutschen Caritasverband in einem ausführlichen Brief, dass ihm das Vorgehen „überstürzt“ zu sein schien und dass er nicht teilnehmen werde. Ähnlich äußerte sich das Diakonische Werk der EKD. Die Kritik erreichte auch den Vertreter des UNHCR, der in einem Schreiben an mich zwar einige kritisierte Punkte aufgriff, sich aber dafür aussprach, nicht „vom Datum des 8. September abzurücken“.

Die Gründung

Nach den kritischen Diskussionen vor der Sitzung war mir klar, dass wir nicht von einem „Flüchtlingsrat“ sprechen sollten – aber einen geeigneten Namen konnte ich nicht finden. Am Abend vor der Zusammenkunft saßen wir in einem kleinen Kreis zusammen und sprachen über mögliche Namen. Da sagte Robin Schneider von der Gesellschaft für bedrohte Völker, es müsste ein Name wie Pro Flüchtlinge oder Pro Asyl sein. Das hat mich sofort überzeugt. Für diese Idee zahlte ich ihm zehn Pfennige – so wie ich es aus meiner Theaterzeit kannte. Seitdem bin ich Besitzer des Namens Pro Asyl.

Abends besuchte ich Pfarrer Herbert Leuninger in Schwalbach, wo er wegen der Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten in den Hungerstreik getreten war. Er konnte an der konstituierenden Sitzung nicht teilnehmen, gab mir aber seine Zustimmung zu den vorgesehenen Beschlüssen.

Die Sitzung begann dann in guter Atmosphäre. Der Name Pro Asyl fand breite Zustimmung. Wir nahmen eine Pressemitteilung einstimmig an, die ich am nächsten Tag selbst zur Frankfurter Rundschau, zur Deutschen Presseagentur (dpa) und zum Evangelischen Pressedienst (epd) brachte und in der es heißt:

„Als Antwort auf die jüngste Asyldebatte, welche die Aufnahme politischer Flüchtlinge in der Bundesrepublik infrage stellt, haben sich am 8. September in Frankfurt 15 verantwortliche Mitarbeiter aus Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Menschenrechts-

organisationen zu der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge `PRO ASYL´ zusammengefunden. ... Der Vertreter des UNHCR in der Bundesrepublik, René von Rooyen, begrüßte in Frankfurt die Initiative als einen Schritt zur Versachlichung der Asyldebatte. ... Vorbereitet werden von PRO ASYL zurzeit Initiativen für den Tag des Flüchtlings am 3. Oktober 1986 ...“

Die Pressemitteilung fand eine beachtliche Verbreitung. Unvergessen ist mir die Aussage einer Pfarrerin, die mir sagte, dass sie nach der Lektüre der wenigen Zeilen zur Gründung von Pro Asyl bitterlich geweint habe. Sie hat sich nicht vorstellen können, dass sich Menschen in Deutschland für Flüchtlinge zusammenschließen.

Bereits am nächsten Morgen um 7 Uhr gab ich die ersten Interviews. Ich war nur noch mit Pro Asyl befasst, was ich zeitlich angesichts meiner Aufgaben in der Evangelischen Akademie Tutzing nicht leisten konnte. Wir hatten vereinbart, dass Pro Asyl drei Sprecher hat: Wolfgang Grenz von amnesty international aus Bonn, Herbert Leuninger vom Bistum Limburg aus Hofheim/Taunus und der erfahrene Rechtsanwalt Victor Pfaff aus Frankfurt/M. Nach den vielen Anfragen beschloss ich, keine Interviews mehr zu Pro Asyl zu geben. Bereits im Vorfeld hatte ich gesagt, dass ich aus Zeitgründen nur den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl übernehmen könne.

Die Anfragen von Medien an Victor Pfaff nahmen allerdings so zu, dass er nach 14 Tagen erklärte, dass er seine Sprecherfunktion

nicht weiter wahrnehmen könne. Kurz darauf informierte mich auch Wolfgang Grenz, dass er aus Arbeitsüberlastung die Sprecherfunktion abgeben müsse. So blieb Herbert Leuninger, der von Bischof Franz Kamphaus teilweise freigestellt wurde und die Aufgaben acht Jahre lang übernahm. Er arbeitete eng mit Günter Burkhardt zusammen, der von Anfang an bis heute als Geschäftsführer Pro Asyl aufgebaut hat.

Kritik

Die Kritik an Pro Asyl ging allerdings weiter. Bereits wenige Tage nach der Gründung beschloss die Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtverbände, ihren Mitarbeitenden eine Mitwirkung bei Pro Asyl zu verbieten. Triumphierend informierte mich darüber der zuständige Referent des Bundesvorstandes der SPD und sagte, dass ich nun Pro Asyl „einpacken“ könne. Die Mitwirkenden vom Deutschen Roten Kreuz oder der Arbeiterwohlfahrt kamen trotzdem zu den Sitzungen und mussten dafür einen Urlaubstag nehmen. Im Laufe der Jahre wirkten dann immer mehr Mitarbeitende der Wohlfahrtsorganisationen bei Pro Asyl mit. Erst nach über 30 Jahren hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände auf Grund eines Schreibens von mir dieses Verbot aufgehoben.

Auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ließ mich zweimal darum bitten, die Arbeit für Pro Asyl zu beenden. Im Rahmen der Akademiearbeit setzte ich das ehrenamtliche Engagement fort. Umso mehr hat es mich gefreut, dass zum 20jährigen Jubiläum von Pro Asyl der Vorsitzende des Rates der

EKD, Bischof Wolfgang Huber, an uns geschrieben hat:
„Wenn es PRO ASYL nicht gäbe, müsste es erfunden werden.
Aber zum Glück gibt es PRO ASYL seit zwanzig Jahren.“

Förderverein und Stiftung

In der Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl wurde bald deutlich, dass die anfallenden Arbeiten nicht nur ehrenamtlich wahrgenommen werden konnten. Daher gründeten wir am 2. Dezember 1987 in Frankfurt/M. den „Förderverein Pro Asyl - Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge“, der in das Vereinsregister von Frankfurt am Main eingetragen wurde. Durch kostenlose Anzeigen z.B. im SPIEGEL gelang es uns, immer mehr fördernde Menschen zu gewinnen. Wir konnten Personal einstellen.

Da uns später z.B. Wohnungen mit Mieteinnahmen aus Nachlässen zur Verfügung gestellt wurden, war die Struktur eines Vereins überfordert. Im Jahr 2002 gründeten wir die Stiftung Pro Asyl, die insbesondere Projekte im Ausland wie in Griechenland förderte. 26 Jahre habe ich den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl wahrgenommen, später auch den Vorsitz des Fördervereins und schließlich den der Stiftung. Im Jahr 2012 habe ich diese ehrenamtlichen Funktionen an Andreas Lipsch übergeben, der auch mein Nachfolger als Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) gewesen ist. Die Fördergemeinschaft von Pro Asyl machte mich beim Ausscheiden zum Ehrenvorsitzenden, was mich sehr gefreut hat. Die Arbeit

wurde in meinem Sinn weitergeführt. Inzwischen hat der Förderverein über 25.000 Mitglieder und eine stabile finanzielle Struktur, die es ermöglichte, die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus von Anfang an zu fördern.

BISS

Vom 26.-28. April 1991 habe ich obdachlose Menschen zu einer Tagung in die Evangelische Akademie Tutzing eingeladen. Im Vorfeld gab es dazu viele Bedenken. So wurde mir gesagt, dass Obdachlose nicht wieder aus dem Schloss auszögen, wenn sie gesehen hätten, wie schön sie dort wohnen und schlafen können.

Am ersten Abend der Tagung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen vor allem zwischen obdachlosen Männern und Frauen. Die Atmosphäre in der Rotunde der Akademie war wie unter einer Isarbrücke. Der in München bekannte Obdachlose Django verließ die Tagung unter lautem Protest, kam aber später wieder zurück. Doch bald darauf ist dann fachkundig über die Situation von armen Menschen gesprochen und auch miteinander gefeiert worden. Zahlreiche Anregungen wurden ausgetauscht. Die Dringlichkeit der Themen Obdachlosigkeit und Armut wurden deutlich. Von einem Zeitungsprojekt hat jedoch niemand gesprochen.

The Big Issue

Im Herbst 1992 erschien im Evangelischen Pressedienst ein kurzer Bericht über die Londoner Straßenzeitung „The Big Issue“, die Journalisten produzieren und Obdachlose verkaufen. Die Anregung hat mich fasziniert. Als mich der Druckereibesitzer Hans Venus in der Adventszeit anrief und sagte, dass seine Mitarbeitenden auf ein Weihnachtsgeschenk verzichten und lieber für ein soziales Projekt spenden wollten, da machte ich ihm den Vorschlag, die erste Ausgabe einer Obdachlosenzeitung zu finanzieren. Das gefiel ihm nicht so gut, da er mich eher wegen einem Projektvor-

schlag aus der Flüchtlingsarbeit anrief. Aber er versprach mir, die erste Ausgabe einer Obdachlosenzeitung kostenlos zu drucken. Damit war die finanzielle Grundlage für die Straßenzeitung gelegt.

Seit der Tagung in der Akademie besuchten mich immer wieder Obdachlose. Besonders häufig kam Hermann Swoboda. Am 12. Januar 1993 unterhielten wir uns unter einem Baum im Schlosspark der Akademie und ich fragte ihn, ob er in München genügend Obdachlose finden könnte, die sich an einem Zeitungsprojekt beteiligen und ähnlich wie in London solch eine Zeitung auch verkaufen würden. Er bejahte diese Frage und fügte hinzu: „Und I wissat a scho an Nama: BISS – Bürger in sozialen Schwierigkeiten“. Von da an begannen die konkreten Planungen.

Anders als in London sollten die obdachlosen Menschen an der Erstellung der Zeitung beteiligt werden, die wir in Kooperation mit professionellen Zeitungsmachern herstellen wollten. Wir suchten nach Personen, die uns unterstützen konnten und gewannen Christian Schneider von der Süddeutschen Zeitung, Klaus Honigschnabel von der Akademie der Bayerischen Presse und Nicole Üblacker für die Grafik. Hans Venus besorgte den Druck und andere unterstützten uns beim Schreiben. Später kam noch Frater Barnabas von den Benediktinern dazu.

Nach einigen Vorgesprächen habe ich dann zur ersten Sitzung am 1. April 1993 in die Akademie der Bayerischen Presse nach München eingeladen. Wir besprachen das Konzept und vereinbarten,

die Straßenzeitung BISS gemeinsam mit Obdachlosen zu erstellen. Weitere Sitzungen folgten am 15. und 28. April 1993, denn die erste Ausgabe sollte im Juni zum Deutschen Evangelischen Kirchentag in München fertig sein. Das haben wir leider nicht geschafft.

Hindernisse

Nachdem bekannt wurde, dass wir eine von Obdachlosen verkaufte Straßenzeitung erstellen wollten, wurde dem zuständigen Mitarbeiter der Inneren Mission jede Zusammenarbeit mit mir verboten - mit ihm hatte ich seit der Akademietagung bestens kooperiert. Der Katholische Männerfürsorgeverein München, der sich für Obdachlose zuständig fühlte, hat mich eindringlich darum gebeten, von diesem Projekt wieder Abstand zu nehmen. Das hat manches erschwert. Aber es wurden immer mehr, die geholfen haben. Da ich ab Mitte September 1993 zur Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) ging bat ich Klaus Honigschnabel von der Akademie der Bayerischen Presse darum, die koordinierenden Aufgaben künftig zu übernehmen.

Die erste Ausgabe

Die erste Ausgabe von BISS stellten wir bei einem Pressegespräch am 17. Oktober 1993 vor – dem Internationalen Tag der Armut. Unvergessen ist mir die Frage eines Journalisten, ob er denn einen der anwesenden Obdachlosen fragen könne, was er bisher gemacht habe. Ich sagte ihm, dass alle zu solchen Auskünften bereit sind. Er wählte einen aus. Der Gefragte, Hans Gamber, erzählte

dann, dass er früher Journalist war. Das wirkte auf die Medienleute wie ein Schock.

Die erste Auflage war schnell vergriffen. Hans Venus hatte genauso wie wir nicht geahnt, dass so viele Exemplare verkauft werden könnten. Er ließ mehrfach kostenlos nachdrucken. Das Papier wurde von der MD Papier GmbH gespendet. Für die kleine Druckerei war bald die Schmerzgrenze erreicht. Aber Hans Venus hielt Wort. Damit war die Grundlage für die Weiterarbeit gesichert.

BISS war die erste von Obdachlosen verkaufte Zeitung in Deutschland. Inzwischen gibt es bundesweit etwa 30. Seit dieser Zeit werden monatlich etwa 40.000 Exemplare von BISS verkauft. Die Zeitung ist in München anerkannt und beschäftigt inzwischen etwa 100 Menschen, die überwiegend obdachlos sind oder waren. Inzwischen wurde besonders durch das Engagement von Hildegard Denninger eine Stiftung eingerichtet, es gibt eine Fahrradreparatur, Stadtführungen und vieles mehr. Die Geschäftsführerin Karin Lohr hat zahlreiche zusätzliche Aufgaben. Regelmäßig wird auch zu Themen wie Rassismus und Asyl berichtet und Stellung bezogen.

Das Bild von Obdachlosen hat sich durch BISS in München verändert. Entscheidend sind dafür die vielen Kontakte, die Verkäuferinnen und Verkäufer zur Bevölkerung haben. Auf der Magazin-Seite „Was uns verbindet“ wird regelmäßig über diese Begegnungen berichtet.

Abrahamisches Forum

Angriffe auf Synagogen, Kirchen und Moscheen waren Ende der 90er Jahre beunruhigend. Nach einer Podiumsdiskussion am 30. April 1999 in Berlin vereinbarten Ignatz Bubis als Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, Nadeem Elyas als Vorsitzender des Zentralrates der Muslime und ich als Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und Vorsitzender des Interkulturellen Rates in Deutschland eine gemeinsame Initiative. Wir wollten ein Modell für ein Miteinander von Juden, Christen und Muslimen in Hessen erproben um dem verbreiteten Hass entgegen zu wirken.

Gemeinsame Wurzeln

Grundlage für diese Zusammenarbeit sind die Überlieferungen von Abraham und den Frauen an seiner Seite, Sara und Hagar, wie sie in den Heiligen Schriften von Juden, Christen und Muslimen dargestellt werden. Zum Gott Abrahams, Saras und Hagars beten Juden, Christen, Muslime und auch Bahai. Nach Tora, Bibel und Koran soll Abraham zum Segen für alle Menschen auf Erden werden. Das muss auch konkret erfahrbar sein. Und das ist entscheidend für Europa und andere Länder, die von diesen Religionen geprägt sind.

Das Wissen um diese gemeinsamen Wurzeln ermöglicht es, offen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu sprechen. Allerdings ist das erst einzuüben. Denn die Geschichte und Gegenwart sind durch ein verbreitetes Misstrauen bis hin zu Hass und Morden geprägt. Diese historischen Belastungen haben sich auch bei

der beginnenden Zusammenarbeit gezeigt. Erst durch konkrete Kooperationen im Abrahamischen Forum an einzelnen Texten und bei Projekten haben sich Vorurteile reduziert. Erst durch eine intensive Zusammenarbeit und ein vertieftes Kennenlernen wurde deutlich, dass die Differenzen weniger an den Religionen liegen als an den unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Einstellungen einzelner Personen.

Gründung

Bei den Beratungen in Berlin wurde ich darum gebeten, die Vorarbeiten für diese Kooperation zu übernehmen. Nach vielen Vorgesprächen habe ich als Vorsitzender des Interkulturellen Rates zu einer Besprechung am 6. Februar 2001 in das Martin-Buber-Haus nach Heppenheim eingeladen. Teilgenommen haben Vertretungen der jüdischen, christlichen und muslimischen Religionsgemeinschaften sowie des Internationalen Rates der Christen und Juden, der Stiftung Weltethos, der Freudenberg-Stiftung, des hessischen Sozialministeriums und Gräfin sowie Graf von der Groeben, von denen die Finanzierung dieser Arbeit zugesagt wurde.

Als erstes konkretes Ziel wurde die Förderung und Einrichtung Abrahamischer Foren an verschiedenen Orten vereinbart, bei denen jüdische, christliche und muslimische Gemeinden kooperieren sollten. Es wurde ein vorher besprochenes Arbeitspapier mit den Zielen, Arbeitsformen und Strukturen des Vorhabens verabschiedet. Zu den Zielen hieß es:

- „Vertrauensvolles Zusammenleben, Respekt und Freundschaften von Menschen unterschiedlicher Religion, insbesondere auch von jungen Menschen
- Positive gemeinsame Erfahrungen und Anerkennung der Unterschiede
- Öffentlich aktive Bewegung und europäischer Austausch
- Beitrag zur Überwindung von Vorurteilen und Ängsten gegenüber Religionen (insbesondere Judentum, Christentum, Islam) und von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.“⁷

Abrahamische Foren scheitern

Gleich nach der Gründung meldeten sich Interessierte aus verschiedenen Städten und wollten die geplanten Abrahamischen Foren einrichten. Bei den vorbereitenden Gesprächen haben sich dann jedoch die vielen gegenseitigen Vorbehalte auf regionaler Ebene gezeigt. Jüdische Gemeindevorstände wiesen darauf hin, dass sie nur wenige Mitglieder hätten und sich zugleich den zugewanderten russischen Gemeindegliedern widmen müssen. Außerdem gab es Bedenken wegen der schwierigen Situation zwischen Palästina und Israel. Bei Christen wurde häufig betont, dass erst noch die eigene Identität gestärkt werden müsse, die Gemeindevorstände nicht wirklich mitmachen würden und dass es problematische Erfahrungen bei zurückliegenden Dialogbemühungen gegeben habe.

⁷ *Karl-Josef Kuschel/Jürgen Micksch, Abrahamische Ökumene. Dialog und Kooperation, Frankfurt/M. 2011, Seite 62*

Bei Muslimen führte die Zersplitterung in unterschiedliche Gruppierungen zur Frage, mit wem eine Zusammenarbeit möglich und erstrebenswert ist, ohne andere zu verärgern. Einer Zusammenarbeit offizieller Vertretungen der drei Religionsgemeinschaften standen zahlreiche Fragen und Hindernisse entgegen. Der geplante Aufbau regionaler Abrahamischer Foren ist daher gescheitert.

In dem Gründungspapier war ein „Informeller Abrahamischer Gesprächskreis im Rhein-Main-Gebiet“ vorgesehen sowie ein Projektbeirat. Diese Aufgaben hat dann bald das so bezeichnete „Abrahamische Forum“ übernommen. Der vorgeschlagene „Groeben-Preis für beispielhafte Projekte“ ist nicht realisiert worden. Die Geschäftsstelle für die „Initiierung, Koordinierung, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit“ wurde als Projekt beim Interkulturellen Rat in Darmstadt eingerichtet und im Dezember 2013 von dem gemeinnützigen, eigenständigen und eingetragenen Verein „Abrahamisches Forum in Deutschland“ unter dem Vorsitz des Tübinger Theologen Prof. Dr. Karl-Josef Kuschel übernommen.

Abrahamische Teams

Nach schwierigen Anfängen war die Idee von „Abrahamischen Teams“ erfolgreich, die sich im Anschluss an die Terroranschläge vom 11. September 2001 entwickelte. Damals fanden vielerorts Veranstaltungen zum Islam statt. So hat die Lehrerin einer katholischen Schule in Hanau bei mir angerufen und um einen Islam-Vortrag gebeten. Über den Vorschlag, dazu einen islamischen Theo-

logen einzuladen, war die Lehrerin schockiert: „Unsere Kinder haben Angst vor einem Krieg und vor Muslimen“. Und das gelte auch für manche Eltern und Lehrer. Nach einem langen Telefongespräch war das Ergebnis, eine gemeinsame Veranstaltung mit einer jüdischen, christlichen und muslimischen Persönlichkeit an ihrer Schule durchzuführen. Dann war ich auch zu einer Mitwirkung bereit. Das wollte die Lehrerin mit den Eltern und dem Lehrpersonal besprechen. Diese Lehrerin hat sich nie wieder gemeldet. Aber die Idee von „abrahamischen Teams“ war geboren – qualifizierte jüdische, christliche und muslimische Menschen gehen zusammen auf Veranstaltungen, um über Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer Religion zu sprechen und für Diskussionen zur Verfügung zu stehen.

Eine erste Veranstaltung mit einem Abrahamischen Team fand am 29. November 2001 in der Bischöflichen Willigis-Realschule in Mainz statt. Teilnehmende waren die jüdische Schriftstellerin Petra Kunik, der muslimische Theologe Amir Zaidan und ich als christlicher Theologe. In den folgenden 20 Jahren wurden über 600 Veranstaltungen mit Abrahamischen Teams in Schulen, Universitäten, Volkshochschulen, bei Lehrerfortbildungen oder der Polizei, in Museen oder Religionsgemeinden durch das Abrahamische Forum organisiert. Anfangs untersagten manche evangelischen Gemeinden solche Veranstaltungen mit Abrahamischen Teams. An eine Durchführung in Synagogen oder Moscheen war gar nicht zu denken.

Inzwischen wirken über 200 jüdische, christliche und muslimische Expert*innen bei Abrahamischen Teams mit. Häufig werden auch Bahais und Buddhist*innen eingeladen. Veranstaltungen finden vor allem in Schulen statt und seit Jahren auch in Synagogen, Kirchengemeinden oder Moscheen. Es gibt Lehrerfortbildungen, Veranstaltungen mit Jugendgruppen und vieles mehr. In den Medien wird darüber immer wieder berichtet. Neben der Dr. Bumann Stiftung für interreligiöse Verständigung fördert das Bundesministerium des Innern diese Begegnungen.

Bedenken gibt es weiterhin bei evangelikalischen, islamistischen und fundamentalistischen Gruppen – doch öffentlich werden sie kaum geäußert. Evaluationen haben gezeigt, dass diese Teams einen nachhaltigen Eindruck bei den Teilnehmenden vermitteln. Besonders wichtig ist es, dass sich durch diese Kooperationen Freundschaften zwischen jüdischen, christlichen und muslimischen Expert*innen entwickeln, die eine starke gesellschaftliche Ausstrahlung haben. Veranstaltungen Abrahamischer Teams finden inzwischen auch unabhängig von der Arbeit des Abrahamischen Forums statt.

Junges Abrahamisches Forum

Angeregt durch die Abrahamischen Teams wurden in den Jahren 2004, 2005 und 2006 Abrahamische Jugendforen in der Evangelischen Akademie Arnoldshain im Taunus durchgeführt. Bei der Vorbereitung des ersten Jugendforums vom 11.-13. Juni 2004 wurde mit jüdischen, christlichen und muslimischen Jugendli-

chen vereinbart, dass jeweils eine in etwa gleich große Zahl von ihnen eingeladen wird. Nach einer intensiven Vorbereitungsphase schien dies auch möglich zu sein – wobei es am schwierigsten war, christliche junge Menschen zwischen 16 und 26 Jahren zu gewinnen. Sie haben häufig eine Teilnahme abgelehnt, weil sie unsicher waren, ob sie die Fragen von jüdischen und muslimischen Jugendlichen beantworten können.

Kurz vor Beginn der Tagung sagten dann mehrere jüdische Jugendliche ab. Sie hatten Sorgen, dass sie bei der Tagung insbesondere von arabischen Jugendlichen gewalttätig angegriffen werden könnten. Ebenso sagten zwei palästinensische Jugendliche ab, weil sie tätliche Angriffe durch jüdische Jugendliche befürchteten. Die Tagung begann also in einer äußerst angespannten Situation. Sehr schnell verständigten sich dann die jungen Menschen miteinander und teilweise wurden auch Freundschaften geschlossen. Die Jugendlichen waren sich einig, dass die Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina nicht nach Deutschland übertragen werden sollten. Gerade aufgrund ihrer vielen Vorurteile erklärten diese Jugendlichen dann bereits nach wenigen Tagen gemeinsam, dass sie zur Überwindung von antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen aktiv werden wollten.

Die Tagungen waren ausgesprochen erfolgreich – aber auch kostspielig, da den Jugendlichen die Fahrtkosten und der Aufenthalt zu finanzieren war. Nach drei Jahren musste das Vorhaben wegen fehlender Finanzen beendet werden. Die Idee ist allerdings an anderen Orten aufgegriffen worden.

Muslimische Jugendliche haben mich im Jahr 2017 darum gebeten, ein Junges Abrahamisches Forum einzurichten. Nach den Vorklärlungen und der Finanzierung durch das Bundesinnenministerium konnte seit dem Jahr 2018 mit der Entwicklung eines Jungen Abrahamischen Forums begonnen werden. Während die Bereitschaft zur Mitwirkung bei muslimischen und Bahai-Jugendlichen bis zu 30 Jahren sehr groß war, zeigte sich erneut, dass christliche junge Menschen nur schwer zu gewinnen waren. Bundesweite Treffen gab es in Frankfurt/M., Weimar, Heidelberg und Mainz. Veranstaltungen mit ersten Jungen Abrahamischen Teams in Kirchengemeinden oder Schulen fanden ein sehr positives Echo. Seit der Corona-Pandemie wurden keine weiteren Veranstaltungen mehr durchgeführt.

Abrahamische Teams in MENA-Ländern

Aus Ägypten und Israel wurde das Abrahamische Forum darum gebeten, in diesen Ländern den Aufbau und die Durchführung von Veranstaltungen Abrahamischer Teams zu unterstützen. Bei meinen ersten Vorgesprächen mit Dr. Tharwat Kades in Ägypten im November 2015 wurde das Vorhaben von den wenigen dort lebenden jüdischen Frauen, muslimischen Gesprächspartnern und Bahai befürwortet. Evangelische Kirchenvertreter sahen wenig Realisierungschancen und koptisch-orthodoxe Christen verwiesen auf ihre belastenden Erfahrungen, die Kooperationen nur schwer möglich machen. Umso überraschender war es, dass Anfang 2016 erste abrahamische Begegnungen in Privatschulen der dortigen evangelisch-presbyterianischen Kirche stattfinden konnten.

Nach den dabei gemachten positiven Erfahrungen ist 2017 in Kairo ein Abrahamisches Forum in Ägypten mit jüdischen, christlichen, muslimischen und Bahai-Persönlichkeiten gebildet worden, das sich aus rechtlichen Gründen als Einrichtung des Abrahamischen Forums in Deutschland versteht. Veranstaltungen wurden seitdem in 60 religiösen Schulen in ganz Ägypten durchgeführt. Seit 2019 ist es auch gelungen, staatliche Schulen dafür zu gewinnen.

Staatliche Stellen haben vor allem deshalb solche Begegnungen befürwortet, zumal dadurch Bemühungen gegen den islamischen Fundamentalismus und den sogenannten „Islamischen Staat“ unterstützt werden.

Zur Ausbildung von mitwirkenden Pfarrern, Imamen und anderen Experten wurde im Oktober 2018 eine Internationale Dialog-Akademie in Kairo gegründet. Zwei Minister waren dabei ebenso anwesend wie Vertreter der Al-Azhar-Universität. Fernsehen, Zeitungen und Rundfunk haben ausführlich darüber berichtet.

Rabbiner Ehud Bandel hat sich seit 2015 in Israel für die Bildung Abrahamischer Teams eingesetzt und die „Rabbiner für Menschenrechte“ dafür gewonnen. Veranstaltungen werden seit 2016 vor allem in der vormilitärischen Ausbildung durchgeführt, aber auch an Universitäten und Kommunen. Beeindruckend sind die Berichte von jungen jüdischen Menschen, die oftmals zum ersten Mal in ihrem Leben eine Kirche oder Moschee betreten und mit

Christen und Muslimen ins Gespräch kommen. Koordiniert wird dies nun seit langem durch Rabbinerin Nava Hefetz in Jerusalem.

In Marokko wurde am 10. Januar 2019 in Zusammenarbeit mit der Universität Rabat eine Abrahamische Veranstaltung mit 100 Teilnehmenden durchgeführt. Neben dem katholischen Erzbischof beteiligten sich hochrangige Vertreter des Judentums und Islams. Auch diese Begegnung wurde von den Medien und der Öffentlichkeit positiv aufgenommen. Eine ähnliche Begegnung erfolgte am 20. Juni 2019 an der Universität von Zaytouna in Hammamet/Tunesien. Interesse an ähnlichen Veranstaltungen wurde auch aus Jordanien, dem Libanon und Palästina signalisiert.⁸

Seit 2017 findet zur Vernetzung ein jährlicher Austausch der „Abrahamischen Teams in MENA-Ländern“ (Middle-East and North-Africa) mit Mitwirkenden aus Ägypten, Deutschland, Israel, Jordanien, Marokko und Palästina statt. Tagungsorte waren Bonn, Kairo und Rabat. Diese Arbeit wurde durch eine mehrjährige Förderung der Allianz Kulturstiftung, der Robert Bosch Stiftung und Brot für die Welt realisiert. Die Koordination dieser Aktivitäten erfolgt durch Stephanie Krauch in der Geschäftsstelle des Abrahamischen Forums in Darmstadt. Dabei ist es eine große Herausforderung, arabische und hebräische Belege mit den Anforderungen deutscher Rechnungsprüfungen in Einklang zu bringen. Bedingt durch die Corona-Pandemie im Jahr 2020 mussten fast alle Begegnungsveranstaltungen und Reisen zunächst pausieren - eine digitale internationale Austauschtagung mit 40 Teilnehmenden

8 Jürgen Micksch, *Abrahamische Teams in Mittelmeerländern, deutsch, englisch und arabisch, Darmstadt 2019*

den konnte am 18. und 19. November 2020 stattfinden, bei der die Satzung für ein „Abraham Forum in MENA-Ländern“ verabschiedet wurde. Zusätzlich nahmen daran Persönlichkeiten aus Tunesien und den Vereinigten Arabischen Emiraten teil. Finanziert hat den Austausch das Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland, das auch einen digitalen Austausch am 16. Juni 2021 förderte, bei dem ein Vorstand gewählt wurde.

Religionen für biologische Vielfalt

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) fragte im Jahr 2014 das Abrahamische Forum, ob es die Thematik „Religionen für biologische Vielfalt“ aufgreifen könne. Am 25./26. Februar 2015 organisierte das Abrahamische Forum dazu in Bonn erstmals ein Dialogforum mit 90 Teilnehmenden aus neun Religionsgemeinschaften, dem Naturschutz, der Wissenschaft und staatlichen Stellen. In einer „Gemeinsamen Erklärung“ wurde vereinbart,

- ein Netzwerk der Religionen für den Naturschutz einzurichten,
- Religiöse Naturschutztage im September durchzuführen,
- Freiflächen um religiöse Gebäude zu Orten der biologische Vielfalt zu entwickeln sowie
- Religiöse Teams für Naturschutz und biologische Vielfalt zu bilden.⁹

9 Jürgen Micksch/Yasmin Khursid/Hubert Meisinger/Andreas Mues, Hrsg., *Religionen und Naturschutz – Gemeinsam für biologische Vielfalt*, Bonn 2015, Seite 75 f. Vgl. auch den Abschnitt zu „Religionen und Naturschutz“

Seit 2017 hat das Abrahamische Forum den Arbeitskreis „Religionen und Naturschutz“ mit einem Beirat eingerichtet. Religiöse Teams für den Naturschutz und biologische Vielfalt wurden gebildet, die zu Veranstaltungen gehen. Die Religiösen Naturschutztage finden seitdem jährlich statt. Die Geschäftsführung dafür wird durch Johanna Hessemer wahrgenommen.

Erweitert wurden diese Themen im Jahr 2019 durch das Projekt „Die Natur feiern. Naturschutz und Religiöse Feste“. Dazu hat das Abrahamische Forum eine Veröffentlichung herausgegeben, die darstellt, dass viele Festtage der Religionen ihre Wurzeln in der Natur und ihrer Bewahrung haben. Angesichts der Bedrohung der Natur und des Rückganges der Artenvielfalt haben diese Feste in unserer Zeit eine ganz aktuelle Bedeutung.¹⁰

Die Veröffentlichung mit 159 Seiten informiert über die Gestaltung von Festen mit einem Naturbezug. Im Gespräch mit Vertretungen der verschiedenen Religionen wurden dann Vorschläge für die Umsetzung erarbeitet. Mit Förderung des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) werden konkrete Modelle entwickelt, wie Religionen solche Feste gemeinsam gestalten können.

¹⁰ Julia Glaeser, *Die Natur feiern. Naturschutz und Religiöse Feste*, Bonn – Bad Godesberg 2020, 2. Auflage

Durch die jährlich wiederholten Feiern der Natur und die damit verbundenen religiösen Aktivitäten kann zu nachhaltigen Veränderungen des Verhaltens gegenüber der Natur und zu einem kreativen Miteinander von Menschen unterschiedlicher Religion beigetragen werden.¹¹

Abrahamische Feiern am Flughafen

Eines der ersten Projekte des Abrahamischen Forums war eine Feier am 13. Dezember 2001 im Frankfurter Flughafen, die noch ganz von der Erschütterung durch den Terroranschlag vom 11. September 2001 geprägt war. Eingeladene Angehörige der drei Religionen trafen sich zuerst in der Synagoge des Flughafens, wo ein Rabbiner Kerzen zum Chanukka-Fest anzündete. Danach ging es weiter in die christliche Kapelle, wo evangelische und katholische Persönlichkeiten Texte zur Adventszeit lasen und Gebete sprachen. Danach folgte der Besuch der Moschee, in die ein Imam zum Gebet und Fastenbrechen in der Zeit des Ramadan eingeladen hat. Den Abschluss bildete ein interreligiöses Zusammensein, bei dem die einzelnen Feste bei einem Imbiss erläutert wurden. Das alles wurde als herausragendes Ereignis von Funk, Fernsehen und Medien begleitet. Bis heute wird dieses Fest jedes Jahr im Dezember am Frankfurter Flughafen gefeiert. Es gehört inzwischen ins feste Repertoire der Fraport AG, die das Fest jährlich ausrichtet.

¹¹ vgl. Jürgen Micksch, *Religiöse Impulse für biologische Vielfalt, Darmstadt 2021*

Opferfest

Am 23. Januar 2005 wurde das Abrahamische Forum erstmals zu einem Opferfest nach Rüsselsheim/Hessen eingeladen. Auf Anregung des Stadtverbandes der ausländischen Vereinigungen in Rüsselsheim nahmen daran Muslime unterschiedlicher Herkunft und Vertretungen der Stadt, der Kirchen, gesellschaftlicher, politischer und kultureller Einrichtungen teil. Auf die Begrüßung durch die Gastgeber folgte ein Grußwort des Oberbürgermeisters. Danach gratulierten Vertretungen abrahamischer Religionen zum Opferfest und sprachen über die Bedeutung Abrahams in der jüdischen, christlichen und muslimischen Tradition. Daran schlossen sich musikalische Beiträge und ein gemeinsames Festessen an, das einer kulinarischen Reise durch die Welt glich. Mit Gesprächen unter den 200 Teilnehmenden endete das erste abrahamisch gestaltete Opferfest, an dem auch Kinder teilnahmen.

Diese Feier wurde im Abrahamischen Forum zum Anlass genommen, um grundsätzlich über mögliche gemeinsame Feiern zum Opferfest zu sprechen. Es wurde eine Ausarbeitung erstellt, in der die Bedeutung des Opferfestes als eines der wichtigsten muslimischen Feiertage dargelegt wird. Die Rolle des Opfers im Judentum und Christentum wird danach aufgezeigt. Schließlich wird als Ergebnis festgehalten, dass gemeinsame Feiern zum Opferfest möglich sind. Abschließend werden noch Anregungen zur Gestaltung von Opferfesten aufgenommen, wie z.B. die Einladung eines Abrahamischen Trios zur musikalischen Begleitung. Die gemeinsam erarbeitete Stellungnahme ist von jüdischen, christlichen

und muslimischen Mitgliedern des Abrahamischen Forums unterzeichnet.¹²

Ähnliche Feiern fanden in Darmstadt, Frankfurt/M., Gießen und anderen Orten statt. Sie haben sich jedoch nicht breit durchgesetzt. Demgegenüber finden vielerorts Iftar-Feiern in der Zeit des Ramadan statt, zu denen häufig Juden und Christen eingeladen werden und für die sich das Abrahamischen Forum ausgesprochen hat. An manchen Orten werden Abraham- oder Ramadan-Zelte aufgestellt, damit die vielen Teilnehmenden bei Iftar-Feiern genügend Platz finden.

Perspektiven

Seit dem Start des Abrahamischen Forums im Jahr 2001 haben sich abrahamische Dialoge und Kooperationen stabilisiert. Das Miteinander hat sich verbessert. Es kann nicht mehr behauptet werden, dass sich Juden, Christen und Muslime feindlich gegenüberstehen.

Bewährt hat sich auch die Offenheit des Abrahamischen Forums für andere Religionen. In der multireligiösen Realität der Bundesrepublik werden inzwischen viele Projekte interreligiös konzipiert – das gilt besonders für Umweltthemen und die Überwindung von Rassismus. Nach Jahrhunderten der Sprachlosigkeit, der feindlichen Einstellungen und Tötlichkeiten zwischen den Religionen ist das eine bedeutsame Entwicklung.

¹² *Karl-Josef Kuschel/Jürgen Micksch, Abrahamische Ökumene. Dialog und Kooperation, Frankfurt/M. 2011, Seiten 47 f., 86 ff.*

Abrahamische Kooperationen sind jung und stehen noch am Anfang. Sie haben viele Perspektiven, die Schritt für Schritt umgesetzt werden können. Die etablierten Religionsgemeinschaften sind dabei immer noch zögerlich. Aber es gibt zunehmend mehr gläubige Menschen, die sich dafür einsetzen und erleben, dass dieses Engagement für das friedliche Miteinander bereichernd ist.

Aus den bisherigen Erfahrungen ergeben sich Perspektiven für die Weiterarbeit:

1. Abraham als Anknüpfungspunkt

Abraham und die Frauen an seiner Seite, Sara und Hagar, sind in den Heiligen Schriften der „abrahamischen Religionen“ Ur- und Vorbilder des vertrauenden Glaubens an den Einen Gott, den Schöpfer, Bewahrer und Richter von Welt und Menschen. Wer sich auf die Überlieferungen von Abraham, Sara und Hagar beruft, der verpflichtet sich, das Gemeinsame im Handeln zu suchen. Zugleich ist ein Glauben im Geiste Abrahams, Saras und Hagars nichts Exklusives, sondern offen auch für andere Glaubensgemeinschaften. Menschen aus anderen Religionen sind eingeladen, im Handeln zum Wohle der Schöpfung gemeinsame Wege zu suchen und zu gehen.

2. Freundschaften

Durch abrahamische Dialoge und Kooperationen entwickeln sich emotionale Bindungen zwischen jüdischen, christlichen, muslimi-

schen und Bahai-Persönlichkeiten, die eine starke Ausstrahlung haben. Sie nehmen das auf, was die abrahamische Gastfreundschaft ausmacht, von der alle Traditionen berichten. Solche Freundschaften sind grundlegend, um die auf uns zukommenden komplexen Herausforderungen bewältigen zu können.

3. Weltverantwortung

Bei abrahamischen Dialogen und Kooperationen treten Aufgaben in den Vordergrund, die für das Zusammenleben von zentraler Bedeutung sind. Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung sind Inhalte, die bereits für Abraham bedeutsam waren und denen sich abrahamische Religionen bis heute verpflichtet fühlen. Dadurch entstehen Kooperationen für arme Menschen, für friedliche Konfliktlösungen und für die Erhaltung der Natur, die zum Beispiel bei Feiern zu den UN-Tagen gegen Rassismus, den Religiösen Naturschutztagen, den Festen der Bäume oder dem Arche Noah-Fest für die Erhaltung der biologischen Vielfalt thematisiert werden.

4. Vielfalt statt Einfalt

Inhaltliche und theologische Differenzen zwischen den Religionen bleiben bestehen und werden auch durch abrahamische Kooperationen nicht verändert. Aber mit den Unterschieden kann anders umgegangen werden. Vielfalt kann positiv eingeschätzt werden.

5. Europa öffnen

Ein abrahamisches Europa kann sich den Ländern des Mittelmeeres neu öffnen. Abrahamische Traditionen haben in der

arabischen Welt, in Palästina und dem heutigen Israel ihre Wurzeln. In Anknüpfung an dieses Wissen kann sich Europa stärker für den Frieden im Nahen Osten einbringen. Dabei können Entwicklungen wie die Abraham Accords (Abrahamischen Vereinbarungen) gefördert werden, die zu einer Verständigung zwischen Israel und Ländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrein beitragen.

6. Fanatismus und Fundamentalismus überwinden

Abrahamische Dialoge und Kooperationen stehen im Gegensatz zu Fanatismus und Fundamentalismus. Deshalb lehnen Fanatiker und Fundamentalisten das abrahamische Miteinander ab. Im 3. Jahrtausend sollte das Engagement für abrahamische Kooperationen zu einer grundlegenden Norm werden.

7. Dialog statt Mission

Von Juden wird jegliche Mission traditionell abgelehnt – ähnlich ist es bei Muslimen. Christen haben grundsätzlich anerkannt, dass eine Mission bei Juden nicht mehr gerechtfertigt ist. Diese Einsicht sollte auch auf Muslime und Bahai übertragen und von den Bahai übernommen werden.

Mission kann künftig in dem Sinn verstanden werden, dass die eigene religiöse Überzeugung wie ein Licht ausstrahlt und andere für Erkenntnisse und Einsichten zu gewinnen versucht. Damit wird das Positive gefördert. Religionen können mit den Früchten ihrer Arbeit werben. Unter Religionen kann auf die traditionelle Missionsarbeit verzichtet werden.

8. Religionen für den Frieden

Religionsgemeinschaften waren in der Geschichte ambivalent: Sie haben Großartiges geleistet und zugleich zum Unfrieden beigetragen. Diese Ambivalenz muss überwunden werden. Angesichts des multireligiösen Zusammenlebens in modernen Gesellschaften sollte ihr wegweisender Beitrag sein, für gerechte Strukturen, den sozialen Frieden, die Bewahrung der Natur und die Überwindung von Rassismus zu wirken.

9. Spiritualität

Abrahamische Kooperationen tragen nicht dazu bei, eine „Abrahamische Religion“ zu bilden, wie dies gegenwärtig in Ägypten diskutiert wird. Vielmehr ist ein gutes Miteinander verschiedener religiöser Traditionen einzuüben. Dafür können gemeinsame spirituelle Traditionen wie die Psalmen gepflegt und die Praxis von multireligiösen Gebeten weiterentwickelt werden, bei denen respektvoll an den Gebeten anderer Religionen teilgenommen wird.

10. Kreativität

Abrahamische Ansätze können den prophetischen Geist fördern, durch den abrahamische Religionen in der Geschichte immer wieder weiter entwickelt wurden. Angesichts der Verengung moderner Gesellschaften auf ökonomische Zusammenhänge ist es wünschenswert, dass Religionen die Zukunft in diesem Sinn mitgestalten.¹³

¹³ vgl. Karl-Josef Kuschel/Jürgen Micksch, *Abrahamische Ökumene*, Seite 58 ff.

Internationale Pfarrkonferenz (IPK) der EKD *19. Mai 1972

Bei einer Tagung in der Evangelischen Akademie Hofgeismar am 25. März 1972 traf ich den chinesischen Pfarrer Roger Chao, der mir von den Schwierigkeiten seiner Arbeit mit evangelischen Chines*innen in Deutschland berichtete. Neben Fragen des Ausländerrechts waren es vor allem ihre Isolierung und dass sie für Gottesdienste häufig Gebühren an Kirchengemeinden bezahlen mussten. Kontakte zu anderen Ausländerpfarrer*innen hatte er nicht. Als zuständiger Referent der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) lud ich bald nach dieser Begegnung zum 19. Mai 1972 nach Frankfurt am Main zu einer ersten Konsultation mit evangelischen ausländischen Pfarrer*innen ein. Daran nahmen chinesische, finnische, griechische, holländische und italienische Pfarrer*innen teil. Bei diesem Treffen stellten sich die Teilnehmenden vor, schilderten ihre Situation und bereiteten eine zweite Konsultation vor.¹⁴

Beim zweiten Treffen am 14. November 1972 wurden Grundsatzfragen angesprochen, die evangelischen Ausländer*innen Schwierigkeiten machten. Sie beklagten die „Kälte“ des deutschen Gemeindelebens und die „dicke Wand“ zwischen ausländischen und deutschen Gemeinden. Das Fehlen von Arbeiter*innen in deutschen Gemeinden mache die Kontaktaufnahme besonders schwer. Evangelische, griechische und jugoslawische Christ*innen hatten Gewissenskonflikte, an Tanzveranstaltungen teilzunehmen. Evangelische Landeskirchen seien nicht darüber informiert, dass es evangelische ausländische Gemeindeglieder gibt.

¹⁴ vgl. Jürgen Micksch, Hrsg., *Evangelische Ausländergemeinden*, Frankfurt/M. 1986, Seite 109

Zur dritten Konsultation sind auch orthodoxe Priester eingeladen worden und bei der vierten Konsultation am 12./13. November 1973 wurde die Selbstbezeichnung „Konferenz der Ausländerpfarrer“ (KAP) gewählt. Die Teilnehmenden setzten sich dafür ein, bei Landeskirchen angestellt und ähnlich wie einheimische Pfarrer*innen bezahlt zu werden. Überregionale Aufgaben sollten durch die EKD finanziert werden. Veröffentlichungen wurden vorbereitet. Die Mitarbeit beim Kirchentag wurde vereinbart.

Vom 15.- 17. November 1974 wurde die erste Konferenz ausländischer Gemeindevertreter mit 60 Christen aus elf Nationen durchgeführt. Angeregt wurde die erste Europäische Konferenz der Einwandererpfarrer*innen, zu der ich als Geschäftsführer des Ausschusses der Kirchen für Ausländerfragen in Europa vom 27. November bis 1. Dezember 1978 nach Liebfrauenberg/Frankreich einlud. 40 anglikanische, orthodoxe und protestantische Einwandererpfarrer*innen aus 18 Ländern nahmen daran teil.

Die Konferenz der Ausländerpfarrer (KAP) hatte eine bewegte Geschichte. Sie hat dazu beigetragen, dass die Existenz von damals etwa 250.000 evangelischen ausländischen Menschen überhaupt wahrgenommen wurde. Nach und nach wurde auch die rechtliche Situation der ausländischen Pfarrer*innen und ihrer Gemeinden verbessert. Nachdem ich später auch für Exilpfarrer*innen zuständig wurde haben wir sie seit 1984 auch zu den Tagungen der KAP eingeladen.

Die KAP wurde inzwischen in Interkulturelle Pfarrkonferenz (IPK) der EKD umbenannt und feiert am 19. Mai 2022 das 50jährige Jubiläum. Geistliche und andere leitende Personen aus Gemeinden anderer Sprache und Herkunft tauschen sich hier einmal im Jahr für zwei Tage untereinander aus. Voraussetzung der Zusammenarbeit ist die gemeinsame Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), in der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) oder in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK).

Bei ihren Treffen diskutiert die IPK theologische Themen, erörtert Fragen pastoraler Praxis und berät aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen. Die Konferenz ermutigt Internationale Gemeinden zur ökumenischen Zusammenarbeit, etwa mit Internationalen Konventen oder der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK). Die IPK vertritt die Internationalen Gemeinden in Deutschland gegenüber Kirche und Gesellschaft. Inzwischen ist in der evangelischen Kirche bekannt, dass es Gemeindeglieder aus unterschiedlichen Ländern gibt und dass die Landeskirchen für sie eine Verantwortung haben. Es gibt über 2.000 evangelische internationale Gemeinden, die vor allem aus afrikanischen und asiatischen Ländern kommen und überwiegend in den letzten 30 Jahren entstanden sind. Durch die Kontakte untereinander und mit einheimischen Christen haben auf beiden Seiten viele Lernprozesse stattgefunden.

Interkulturelle Woche *12. Oktober 1975

Kirchengemeinden interessierten sich Anfang der 70er Jahre kaum für die angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer*innen, die häufig isoliert in Baracken lebten und kein Deutsch sprachen. Kontakte fanden kaum statt. Auch wurde davon ausgegangen, dass sie nach wenigen Jahren wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren würden. Vorurteile waren weit verbreitet. Ausländerfragen wurden damals als soziale Herausforderung angesehen und der Diakonie und Caritas zugeordnet. Die Kirchen fühlten sich bestenfalls für pastorale Fragen der Ausländerseelsorge zuständig und wollten es dabei belassen.

Als Ausländerreferent der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) war ich davon überzeugt, dass viele Angeworbene bleiben würden. Und so suchte ich nach Möglichkeiten, Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Beispielhaft waren dafür die seit 1970 in einigen Kirchengemeinden in Hessen und Württemberg durchgeführten »Tage des ausländischen Mitbürgers«. Diese Anregung griff ich auf und sprach darüber im Frühjahr 1973 in Bonn mit dem Griechisch-Orthodoxen Metropoliten in Deutschland, Irineos. Er unterstützte es, einen bundesweiten Tag des ausländischen Mitbürgers einzurichten.

Den Vorschlag trug ich zuerst dem Ausschuss der EKD für den kirchlichen Dienst an ausländischen Arbeitnehmern vor, dessen Geschäftsführer ich war. Der Ausschuss bat mich darum, den Rat der EKD um die Zustimmung zu bitten. Dort war man von der Initiative nicht besonders angetan und sagte, dass man dies nur befürworten würde, wenn auch die katholische Kirche mitmache.

Vorbehalte

Zusammen mit Weihbischof Augoustinos von der Griechisch-Orthodoxen Metropole gingen wir dann in den zuständigen Arbeitskreis beim Kommissariat der Deutschen Bischöfe in Bonn. Nach langer Diskussion gab es dort eine Abstimmung – nach meiner Erinnerung stimmten zwei dafür und neun enthielten sich der Stimme. Dabei wurden wir darauf hingewiesen, dass es im katholischen Bereich üblich sei, sich der Stimme zu enthalten, wenn man gegen den Vorschlag eines Bischofs sei.

Weihbischof Augoustinos und ich waren enttäuscht. Bei einem Spaziergang am Rhein sprachen wir über mögliche weitere Schritte. Da fiel mir ein: Zwei Stimmen dafür und neun Enthaltungen – das bedeutet doch Zustimmung. Also berichtete ich dem Rat der EKD von der katholischen Befürwortung. Den Katholiken sagten wir dann, dass die evangelische und orthodoxe Kirche künftig den Tag des ausländischen Mitbürgers gemeinsam durchführen würden. Da wollten die Katholiken nicht abseits stehen und haben ebenfalls mitgemacht.

Der erste Tag des ausländischen Mitbürgers

Anfang 1974 richteten wir einen »Zentralen Vorbereitungsausschuss« ein, dem Vertretungen der evangelischen, griechisch-orthodoxen und römisch-katholischen Kirche angehörten. Dieser plante den ersten bundesweiten Tag des ausländischen Mitbürgers am 12. Oktober 1975.

Die Zusammenarbeit im Vorbereitungsausschuss, dessen Vorsitz ich seit 1974 dann 22 Jahre lang wahrnahm, war oftmals schwierig. So konnten wir uns lange nicht über ein gemeinsames Motto verständigen. Mein Vorschlag für »Miteinander für Gerechtigkeit« wurde von einem Prälaten aus Bayern vehement als zu politisch abgelehnt. Er war für »Miteinander – Füreinander«. Die Debatten dazu waren so erregt, dass der Prälat unter Protest den Ausschuss verließ. Das erste Motto hieß dann »Miteinander für Gerechtigkeit« und wurde in verschiedenen Sprachen auf unserem Plakat abgedruckt. Erst nach der Verbreitung der Plakate wurden wir davon informiert, dass die türkische Übersetzung gleichlautend mit der Parole der Türkischen Kommunistischen Partei war – das löste natürlich kritische Reaktionen aus.

Die Bundesrepublik als Einwanderungsland

Für den Tag des ausländischen Mitbürgers am 24. September 1978 bereiteten wir ein Wort der Kirchen vor, das von den Vorsitzenden der evangelischen, griechisch-orthodoxen und katholischen Kirche unterschrieben werden sollte. In dem von der evangelischen und orthodoxen Kirche genehmigten Entwurf formulierten wir: »Für viele unter ihnen (es waren damals 4 Millionen, J.M.) ist die Bundesrepublik faktisch zum Einwanderungsland geworden«. Dieses »faktisch« störte offensichtlich den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, und so strich er es. Das Gemeinsame Wort wurde dadurch zum Affront für eine Politik, die jahrzehntelang nur die eine ständig wiederholte Aussage

gegenüber Ausländer*innen kannte: »Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland«. Erst nach zwei Jahrzehnten übernahm die Bundesregierung diese Aussage der Kirchen.

Verschiedene Kulturen – gleiche Rechte

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) entschied sich im Jahr 1980 für das Motto »Verschiedene Kulturen – gleiche Rechte. Für eine gemeinsame Zukunft«. Dazu entwickelten wir mit dem bekannten Graphiker Prof. Gunter Rambow eine hervorragende Plakatreihe, die immer wieder nachgedruckt wurde. Aber das Motto wurde damals nicht verstanden und in Gemeinden auch kaum aufgegriffen.

Um die Diskussion anzuregen, erstellte ich einen Text mit der ersten These: »Wir leben in der Bundesrepublik in einer multikulturellen Gesellschaft«. Das Papier war im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss umstritten und wurde nach langen Debatten abgelehnt. Aber es bestanden keine Bedenken, die Erklärung als »Thesen zum Gespräch« weiter zu erörtern. Zum 24. September 1980 luden wir zu einer Konferenz mit Referent*innen aus europäischen Ländern zur Thematik »Verschiedene Kulturen – gleiche Rechte« nach Frankfurt am Main ein. Dort wurden die umstrittenen Thesen vorgetragen und erörtert. Das öffentliche Echo überraschte uns. Durch diese Thesen wurde eine Debatte losgetreten, die Jahrzehnte andauerte.¹⁵

¹⁵ Vgl. auch den Abschnitt über die Multikulturelle Gesellschaft

Vom Tag des ausländischen Mitbürgers zur Interkulturellen Woche

Der Tag des ausländischen Mitbürgers wurde in den ersten Jahren nur von wenigen beachtet. Im Kirchlichen Außenamt der EKD führten wir 1975 eine Umfrage bei Kirchengemeinden durch – etwa 1 % von ihnen hatte den Ausländersonntag bei Gottesdiensten oder Veranstaltungen aufgegriffen.

Umstritten war das Datum des Tages, denn die Themen der kirchlichen Sonntage sind das ganze Jahr über belegt. Bei Terminveränderungen erhielten wir Protestbriefe, doch nach langen Debatten hat sich der Sonntag vor dem Erntedankfest in der Regel durchgesetzt – meist der letzte Sonntag im September. Nach Jahrzehnten erklärte der Vatikan dann diesen Tag zum „Welttag der Migranten und Flüchtlinge“. Damit ist er im Kirchenjahr fest verankert.

Kritisiert wurde der Begriff »ausländische Mitbürger«. Jahrelang wies die Frankfurter Allgemeine Zeitung diese Bezeichnung in Kommentaren zurück, da Ausländer keine Bürger seien. Solche Kritik förderte gleichzeitig die Aufmerksamkeit. Von anderen wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass durch den männlichen Begriff die ausländischen Frauen ausgeschlossen würden. Schließlich wurde gesagt, dass auch die eingebürgerten Zugewanderten einzubeziehen seien. Nach langen Debatten schlugen wir vor, dass man auch von einer »Interkultureller Woche« sprechen könne. Von manchen wurde das wegen der Nähe zur kritisierten

»Multikulturellen Gesellschaft« abgelehnt. Wir empfahlen deshalb, dass sich die Gemeinden und Gruppen vor Ort dazu eigenständig entscheiden könnten. Immer mehr sprachen dann von der »Interkulturellen Woche«. Und nun heißt sogar die Selbstbezeichnung »Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche«.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss

Aus dem »Zentralen Vorbereitungsausschuss« wurde bald der »Ökumenische Vorbereitungsausschuss«, dem auch Vertretungen der Gewerkschaften und des Islam angehörten. Immer wieder habe ich versucht, diesen komplizierten Begriff zu vereinfachen. Aber er hat sich so eingebürgert, dass man ihn bis heute nicht verändert hat. Dabei ist er schon seit langem mehr als ein „Vorbereitungsausschuss“. Er plant Aktivitäten, wertet sie aus und greift immer wieder neue Aufgaben auf. So richteten wir Anfang der achtziger Jahre im Rahmen der Woche einen eigenen Frauentag ein, um auf die besondere Situation ausländischer Frauen aufmerksam zu machen. Dann schlugen wir einen Flüchtlingstag vor – er findet bis heute in der Regel am Freitag in der Interkulturellen Woche statt und wird von PRO ASYL vorbereitet.

Was haben 45 Jahre gebracht?

Durch die jährliche Wiederholung ist die Interkulturelle Woche nachhaltig im kirchlichen und gesellschaftlichen Leben verankert. 5.000 Veranstaltungen in jedem Jahr in mehr als 500 Städten und Gemeinden mit über 300.000 Teilnehmenden sind eine große

Leistung, die Einfluss auf das Miteinander hat. Die vielen persönlichen Kontakte mit zugewanderten Menschen haben ablehnende Einstellungen verringert. Die Interkulturelle Woche hat zusammen mit anderen ehrenamtlichen Initiativen dazu beigetragen, dass 2015 in Deutschland von einer „Willkommenskultur“ gesprochen werden konnte.

- Die breite Kooperation einer kirchlichen Initiative mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen führt zu Synergien und förderte die Bildung weiterer sozial wirksamer Gremien wie z.B. von PRO ASYL, dem Interkulturellen Rat oder der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus. Die breite Zusammenarbeit trägt dazu bei, dass Konkurrenzen zwischen Institutionen in der interkulturellen Arbeit nur eine untergeordnete Rolle spielen.
- Die Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte war von Anfang an konstitutiv und wirkte sich damit beispielhaft auf viele andere Initiativen aus. Sie hat das Selbstbewusstsein der zugewanderten Menschen gestärkt.
- Im Gegensatz zu eher kurzatmigen politischen Aktivitäten ist die Interkulturelle Woche langfristig angelegt und wirksam.
- Die Ablehnung und Diskriminierung von zugewanderten Menschen hat es schon in biblischen Zeiten gegeben. Bereits damals wurde das von den Propheten kritisiert. Immer wieder

gibt es Phasen mit verstärkten Vorurteilen bis hin zu Gewalt. Gerade in Zeiten einer hohen Mobilität ist das Engagement für ein gutes und gleichberechtigtes Miteinander auf Dauer wichtig und nötig. Es ist ein Beitrag zum inneren Frieden.

Islamisch-Christliche Arbeitsgruppe zu Ausländerproblemen (ICA) *5. Mai 1976

Die 30. Konferenz für Ausländerfragen des Außenamtes der EKD befasste sich im April 1975 mit der Situation muslimischer Menschen in der Bundesrepublik. Im Anschluss an diese Konferenz berieten wir darüber, dass ein gemeinsames Gremium mit Muslimen sinnvoll wäre, zumal es kaum Kontakte zu ihnen gab. Dazu sollten Vertretungen der Kirchen und der muslimischen Ansprechpartner eingeladen werden, soweit wir sie damals kannten. In den Vorgesprächen dachten wir zuerst an eine Christlich-Islamische Arbeitsgruppe – aber dann fiel uns auf, dass die Abkürzung „CIA“ nicht gerade passend wäre - wir haben die Begriffe umgedreht und es entstand die Islamisch-Christliche Arbeitsgruppe – ICA.

Da damals nicht entschieden war, ob Islamthemen von der Kirchenkanzlei in Hannover oder dem Außenamt in Frankfurt/M. zu bearbeiten sind, haben wir ergänzt: „zu Ausländerproblemen“. Damit wurde die Zuständigkeit des Kirchlichen Außenamtes in Frankfurt festgeschrieben, wo ich der zuständige Referent war. Mögliche Konflikte mit der Kirchenkanzlei wurden vermieden.

Erste Gespräche führte ich dann mit dem befreundeten Griechisch-Orthodoxen Metropoliten Irineos, von dem dieses Vorhaben unterstützt wurde. Dem schlossen sich auch katholische Partner an. Zum 5. Mai 1976 konnte ich zur ersten Sitzung nach Frankfurt/M. einladen. Sechs islamische und sechs christliche Persönlichkeiten nahmen daran teil. Zu dieser Zusammenkunft kam sogar der zuständige Referent des Ökumenischen Rats der

Kirchen aus Genf, da es solche Begegnungen vorher wohl kaum gegeben hatte. Die Teilnehmenden stellten sich zur Aufgabe, „Probleme der etwa 1,2 Mio Muslime in der Bundesrepublik zu besprechen und die islamisch-christliche Zusammenarbeit zu Ausländerfragen zu koordinieren“, wie es in einer Pressemitteilung hieß.

Ausführlich befassten wir uns mit dem Bildungsnotstand muslimischer Kinder: „Es dürfe nicht hingegenommen werden, dass ein erheblicher Teil vor allem der türkischen Kinder überhaupt nicht zur Schule geht.“ Bei einer Sitzung der ICA am 3. August 1977 in Frankfurt/M. setzten wir uns dafür ein, „dass ein ordentlicher islamischer Religionsunterricht an den Schulen in der Bundesrepublik erteilt wird.“ Das löste damals empörte Reaktionen aus.

Die ICA war auf Bundesebene das erste Gremium zur Begegnung von Christen und Muslimen. Seitdem gibt es Hunderte islamisch-christlicher Arbeitsgruppen, die viel zu einem guten Miteinander beitragen. Im Jahr 1990 wurde der Zusatz „zu Ausländerproblemen“ gestrichen, denn das Kirchliche Außenamt war nach langen Auseinandersetzungen in das Kirchenamt der EKD in Hannover integriert worden. Der Bezug zu Ausländerthemen war daher nicht mehr erforderlich. Es war nun eher möglich, sich mit allen relevanten theologischen und ethischen Themen zu befassen.

Die ICA besteht inzwischen aus acht Personen auf muslimischer Seite (Sunniten und Schiiten) sowie einer gleichen Zahl auf christ-

licher Seite (Katholiken, Evangelische und Orthodoxe), wie es auf der aktuellen Homepage der EKD heißt. Die Geschäftsführung wechselt im zweijährigen Rhythmus. Die Arbeitsgruppe tagt etwa zweimal jährlich und führt in unregelmäßigen Abständen Tagungen und Konferenzen durch. Sie sieht ihre Aufgaben in einem Vertrauen fördernden Austausch über Sachfragen und war an der Ausarbeitung von Veröffentlichungen beteiligt. Die Gründung auf Bundesebene hat die Bildung vieler anderer islamisch-christlicher Kooperationen erleichtert.

Multikulturelle Gesellschaft *24. August 1980

Ende der 70er Jahre wurde kaum von Ausländer*innen gesprochen, sondern überwiegend vom „Ausländerproblem“. Das hat mich sehr gestört, weil zugewanderte Menschen damit von vornherein vor allem als „Problem“ angesehen wurden. Und das verstärkte ihre Ablehnung.

Damals überlegte ich, wie ausländische Menschen in einen anderen sprachlichen Rahmen gestellt werden können. Da andere Kulturen in der Regel als etwas Interessantes angesehen werden, suchte ich nach Möglichkeiten, den Begriff der „Kultur“ mit ausländischen Menschen in Verbindung zu bringen. Erstmals formulierte ich dann in der Einführung zu dem von mir herausgegebenen Buch „Gastarbeiter werden Bürger“ im Jahr 1978: „Das christliche Menschenverständnis ist ökumenisch – die Liebe Gottes überwindet die Unterschiede von Menschen und befreit zu einem positiven Verständnis des multikulturellen Miteinander. Furcht vor dem Fremden oder Rassismus widersprechen dem christlichen Menschenbild und sind mit dem Liebesgebot Christi unvereinbar.“ Und weiter heißt es dann: „Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass Deutsche auch weiß sind – die Bundesrepublik ist wie die übrigen Länder Mitteleuropas längst zu einer multikulturellen Gesellschaft geworden. Es ist noch ein langer Weg bis zur Erkenntnis, dass die Migration das Selbstverständnis auch der Bundesrepublik verändert.“¹⁶

¹⁶ Jürgen Micksch, Hrsg., *Gastarbeiter werden Bürger, Handbuch zur evangelischen Ausländerarbeit, Frankfurt/M. 1978, Seiten 3 und 10*

Als Vorsitzender des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses für den Tag des ausländischen Mitbürgers schlug ich für den 28. September 1980 das Motto vor: „Verschiedene Kulturen. Gleiche Rechte. Für eine gemeinsame Zukunft.“ Aber die Thematik der „Kulturen“ wurde von kaum jemand verstanden, denn in den zugewanderten Menschen wurden ausländische Arbeitnehmer*innen gesehen – Kultur hatte damit nichts zu tun.

„Die Bundesrepublik ist zu einer multikulturellen Gesellschaft geworden“

Um die Diskussion anzuregen entwickelte ich die Thesen „Die Bundesrepublik ist zu einer multikulturellen Gesellschaft geworden“. Darin wird in der ersten These darauf hingewiesen, dass die deutsche Bevölkerung aus kulturell unterschiedlichen Volksstämmen zusammengesetzt ist. Es gibt kulturelle und sprachliche Minderheiten wie Dänen, Friesen und Sorben.

„Zigeuner und Juden“ haben ihr eigenes kulturelles und religiöses Erbe gepflegt. Im 16. Jahrhundert gab es in bedeutenden Städten einen Aufschwung durch Belgier, Holländer und Franzosen, die aus religiösen Gründen vertrieben wurden und Asyl fanden. Polen, Italiener, Russen, Holländer, Belgier und Slowenen wanderten ins Ruhrgebiet ein. Nach dem 2. Weltkrieg kamen Flüchtlinge. Für 30 verschiedene Sprachgruppen gab es Ende der 70er Jahre bereits eigene Kirchengemeinden mit Hunderten von Pfarrern aus verschiedensten Ländern der Welt. Die daraus entstehenden Aufgaben wurden dann in den folgenden Thesen aufgezeigt.¹⁷

¹⁷ epd-Dokumentation 48/80, „Wir leben in der Bundesrepublik in einer multikulturellen Gesellschaft“, Frankfurt/M., 27. Oktober 1980, Seite 47 ff.

Über diese Thesen wurde im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss für den Tag des ausländischen Mitbürgers heftig und lange gestritten. Am Ende wurden sie von einer Mehrheit abgelehnt. Als Vorsitzender stellte ich daraufhin die Frage, ob Bedenken bestünden, wenn wir das Papier als »Thesen zum Gespräch« weiter erörtern. Nach den ermüdenden Auseinandersetzungen gab es dazu keinen Widerspruch.

Für den 24. September 1980 luden wir vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss daher zu einem Symposium unter dem Motto „Verschiedene Kulturen - Gleiche Rechte“ nach Frankfurt/M. ein. Aus verschiedenen europäischen Ländern wurden die Erfahrungen und Einstellungen zum Miteinander von Menschen unterschiedlicher Kultur dargestellt. Und dann trug der von mir darum gebetene katholische Kollege Herbert Leuninger die „Thesen zum Gespräch“ vor, die mit der ersten These begannen: „Wir leben in der Bundesrepublik in einer multikulturellen Gesellschaft.“

In den Abendnachrichten der ARD und wohl auch des ZDF wurde bei den ersten Meldungen darüber berichtet, dass die Kirchen erklärt haben, dass die Bundesrepublik zu einer multikulturellen Gesellschaft geworden ist. Zur gleichen Zeit tagte die Herbstversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda und mein Kollege Rechtsanwalt Herbert Becher vom Kommissariat der Deutschen Bischöfe, der Mitglied unseres Ausschusses war, sollte noch in der Nacht herausbekommen, wie es dazu gekommen sei. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beriet

ebenfalls darüber und beauftragte Bischof Heinz Joachim Held damit, diesbezüglich mit mir zu sprechen. Als meinem Chef hatte ich ihn bereits vorab über die zu erwartenden Reaktionen informiert und er sagte mir nun, dass mir der Rat verbietet, weiterhin von einer multikulturellen Gesellschaft zu sprechen. Ich konnte ihm antworten, dass ich damit gut leben könne, da dies nun andere täten.

Damals ahnte ich nicht, welche lange und heftige Debatte durch diesen Begriff ausgelöst würde. Das hing auch damit zusammen, dass der Begriff vielfach so missverstanden wurde, dass damit ein unverbundenes Nebeneinander verschiedener Kulturen angestrebt werde. Mir ging es um ein gutes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Kultur und nicht um ein Nebeneinander. Um diese Missverständnisse zu vermeiden, bevorzugte ich später den Begriff des interkulturellen Zusammenlebens.

Im europäischen Rahmen führte ich die Debatte als Geschäftsführer des Ausschusses der Kirchen für Ausländerfragen in Europa allerdings weiter. Neben der bereits am 27. Oktober 1980 veröffentlichten epd-Dokumentation zur Tagung in Frankfurt veröffentlichte ich im Jahr 1983 die Publikation „Multikulturelles Zusammenleben. Theologische Erfahrungen“ über eine europäische Tagung und später die Broschüre „Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfalt. Eine Strategie gegen Nationalismus und Rassismus“, die wir in einer europäischen Arbeitsgruppe erstellt hatten (1989).

Das Heidelberger Manifest

Zum 17. Juni 1981 veröffentlichten 15 Hochschulprofessoren das „Heidelberger Manifest“, in dem es in der Originalfassung unter anderem hieß: „Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums... Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften.“ Das verstärkte die kontroverse öffentliche Diskussion, die jahrelang anhielt und nicht nur von rechtsextremen Gruppen aufgegriffen wurde.

Im politischen Bereich kam es darüber zu einem jahrelangen Streit. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler oder Claudia Roth von den Grünen griffen den Begriff positiv auf. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte mir in einem Gespräch, dass dies eine Spinnerei von Heiner Geißler sei. Dr. Angela Merkel (CDU) erklärte öffentlichkeitswirksam am 20. November 2004 auf dem CSU-Parteitag in München: „Die multikulturelle Gesellschaft ist grandios gescheitert.“ Allerdings hat sie diesen Satz wohl nicht mehr wiederholt. Mit ihrer Zeit als Kanzlerin verbindet sich eher der Satz „Wir schaffen das“.

Nach 40 Jahren

Heute wird kaum noch bestritten, dass wir in einem Land mit kultureller Vielfalt leben. Dazu gibt es sogar Programme der Bundesregierung. 40 Jahre nach dem Beginn des Ausländersonntags hat der Ökumenische Vorbereitungsausschuss für die Interkulturelle Woche im Jubiläumsjahr 2015 diese Thematik selbst wieder mit dem Motto aufgegriffen: „Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt“.

Interkulturelles Miteinander ist zum gesellschaftlichen und staatlichen Ziel im Zusammenleben mit Zugewanderten geworden. Daran gibt es Kritik von politischen Parteien wie der AfD und NPD, von Pegida und anderen. In Ungarn warnt Ministerpräsident Viktor Orban vor einem multikulturellen Europa. Der Begriff „multikulturelle Gesellschaft“ ist allerdings weiterhin eine zutreffende Beschreibung der Realität in Deutschland. Die Stadt Frankfurt am Main verwendet die Begrifflichkeit in der Bezeichnung des „Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten“. In Frankfurt wird bewusst darauf hingewiesen, dass dort der Begriff bei einer Ökumenischen Tagung im Jahr 1980 vor inzwischen über 40 Jahren öffentlichkeitswirksam verwendet wurde.

Durchgesetzt hat sich vor allem der Begriff der Interkulturalität, der das Ziel von Kontakten beim Miteinander umschreibt. Deswegen wird auch von der Interkulturellen Woche gesprochen, der interkulturellen Pädagogik, Theologie oder Philosophie. Viele Lebensbereiche und wissenschaftliche Fächer werden inzwischen

mit dem Begriff „interkulturell“ verbunden. Der Begriff ist ebenso erfolgreich wie das insgesamt gute Zusammenleben mit Zugewanderten in Deutschland.

Wie geht es weiter?

Der Begriff „Ausländerproblem“ wird heute nur noch selten verwendet. Das Bild von zugewanderten Menschen verbindet sich eher mit Vielfalt. Und das ist erfreulich.

Dafür steht ein anderer Begriff im Vordergrund, der Ende der siebziger Jahre kaum verwendet wurde: Rassismus. Jedes Jahr gibt es tausende rassistisch motivierte Angriffe insbesondere auf Juden, Muslime, Flüchtlinge und Roma. Das ist nun nicht mehr ein „Problem“ der zugewanderten Menschen, sondern der einheimischen Bevölkerung. Deswegen ist es die Aufgabe unserer Gesellschaft, in den kommenden Jahrzehnten Rassismus und Gewalt zu überwinden – denn Rassismus tötet, wie die Vorfälle in Kassel, Halle und Hanau zeigten.

Mit einer Vielfalt von Aktivitäten ist nun zu versuchen, Rassismus und Gewalt zurückzudrängen. Wichtig ist dabei weiterhin ein „Wandel durch Kontakte“. Empirische Untersuchungen zeigen, dass Rassismus dort reduziert werden kann, wo es zu Begegnungen zwischen den Menschen kommt. Interkulturelles Miteinander ist weiter zu entwickeln und hierfür spielen Institutionen eine wichtige Rolle: Schulen, Polizei, Bundeswehr, Religionsgemeinschaften, Kommunen oder die Kultur.

Von großer Bedeutung sind dafür Vorbilder – deswegen versucht die Stiftung gegen Rassismus mit „Engagiert gegen Rassismus“ möglichst viele Menschen zu gewinnen, die Gesicht zeigen für die Menschenwürde und gegen Rassismus. Wir stehen hier am Anfang und wollen versuchen, dass es in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zu einer Selbstverständlichkeit wird, menschenfreundlich zu sein und gegen Rassismus Stellung zu beziehen.

Dabei haben die unterschiedlichen Medien eine große Bedeutung, da sie immer noch die Neigung haben, aggressives Verhalten umfassender darzustellen: Denn das ist interessanter für Lesende und Zuschauende. Einschaltquoten und Verkaufszahlen von Medien erhöhen sich, wenn etwas Schreckliches dargestellt wird. Aber dies hat zur Folge, dass Menschen dadurch der Eindruck vermittelt wird, dass Aggressionen allgemein sehr verbreitet seien und gesellschaftlich akzeptiert würden.

Tatsächlich ist nicht die multikulturelle Gesellschaft gescheitert. Sie ist zur Normalität geworden und prägt als interkulturelles Miteinander das Zusammenleben.

Gescheitert sind andere: Wer kennt heute noch die rechtsextreme DVU, die Deutsche Volksunion, die in den 70er Jahren viel von sich reden machte und bei Wahlen erfolgreich war? Sie ist 2011 in die NPD übergegangen. Wer kennt heute noch die 1983 gegründeten Republikaner, die Wähler gegen die multikulturelle Gesellschaft mobilisierten und in verschiedene Parlamente gewählt wurden?

Sie sind seit 2017 zu keiner überregionalen Wahl angetreten. Wer spricht heute noch von der NPD, die jahrelang erfolgreich war? Wer interessiert sich noch für Pegida, die Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes – auf ihrer letzten Demonstration zu Hitlers Geburtstag nahmen nur noch wenige Dutzend Menschen teil. Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass es der AfD möglicherweise ähnlich ergeht.

„Grandios gescheitert“ sind diejenigen, die sich gegen eine multikulturelle Gesellschaft gestellt haben. Die multikulturelle Gesellschaft ist als Realität anerkannt und das Ziel eines interkulturellen und vielfältigen Miteinanders wird in Staat und Gesellschaft nach 40 Jahren breit vertreten.

Nur noch Menschen von gestern streiten über die multikulturelle Gesellschaft. Der Begriff ist inzwischen zu einer Institution geworden – wie zum Beispiel beim „Amt für Multikulturelles der Stadt Frankfurt“ oder den vielen kommunalen interkulturellen Ämtern. Die neue Aufgabe ist nun das Engagement für die Menschenwürde, gegen Rassismus und Gewalt – hier gibt es viel zu tun. Dabei sollte angestrebt werden, dass der Einsatz dafür nach weiteren 40 Jahren auch als erfolgreich bezeichnet werden kann.

Konferenz für Islamfragen der EKD

***8. Oktober 1981**

Zur Konferenz für Islamfragen der EKD gibt es wenig veröffentlichte Dokumente. Hier müsste in den Archiven nachgelesen werden. Deswegen kann ich hierzu nur einige Anmerkungen aus der Erinnerung machen.

Die 1980 von mir herausgegebene Handreichung „Zusammenleben mit Muslimen“ war mit über 220.000 verbreiteten Publikationen besonders erfolgreich. Damals gab es wenige Informationen zum Islam. Zugleich wurde deutlich, dass es eine wichtige kirchliche Aufgabe ist, angesichts der Unkenntnis, Ängste und Vorurteile qualifizierte Informationen zur Verfügung zu stellen. Dabei galt für mich der Grundsatz, zu Islamthemen keine Publikationen ohne die Mitwirkung von Muslimen herauszugeben.

In der evangelischen Kirche benötigten wir mehr Mitarbeitende zu Islamthemen. Mit der Unterschrift des Präsidenten des Kirchlichen Außenamtes wurde für den 8. Oktober 1981 zur ersten Konferenz für Islamfragen in das Frankfurter Außenamt eingeladen. Teilnehmende waren Referenten der Landeskirchen und Experten aus Diakonie, Mission und anderen relevanten kirchlichen Einrichtungen

Intensiv diskutierten wir damals, inwieweit auch evangelikale und missionarisch aktive Personen eingeladen werden sollen, die unsere Arbeiten und Veröffentlichungen teilweise kritisierten. Von mir wurde das immer befürwortet. Es hat sich nach meiner Einschätzung bewährt, kritische Stimmen nicht auszuschließen.

Sie wurden damals aufmerksam wahrgenommen und spielen heute nur noch eine untergeordnete Rolle.

Nach der aktuellen Homepage der EKD arbeiten die Islambeauftragten der Landeskirchen, kirchlicher Werke und weiterer Institutionen weiterhin in der EKD Konferenz Kirche und Islam zusammen, wie sie seit kurzem bezeichnet wird. Die Konferenz tagt einmal jährlich auf Einladung des Kirchenamtes der EKD, trifft Absprachen und berät aktuelle Themen wie beispielsweise Mission und Konvivenz (2005), Identität und Integration türkischer Muslime in Deutschland (2004) und Islam in Europa (2003). Der Geschäftsführende Ausschuss der Konferenz ist das ausführende Organ zwischen den Tagungen. In unregelmäßigen Abständen führt die Konferenz Fortbildungen und Fachtagungen zu aktuellen Themen für Islambeauftragte aus den Landeskirchen durch.

Die Geschäftsführung liegt bei Oberkirchenrat Dr. Detlef Görrig, dem zuständigen Referenten der EKD im Kirchenamt in Hannover, der auch im Arbeitskreis Religionen laden ein der Stiftung gegen Rassismus mitarbeitet.

Bayerischer Flüchtlingsrat *10. Dezember 1986

Bei der Gründung von Pro Asyl am 8. September 1986 vereinbarten wir, eine Tagung zu Asylthemen vom 8.-10. Dezember 1986 in der Evangelischen Akademie Tutzing durchzuführen. Im Anschluss an diese Tagung bat ich die Teilnehmenden aus Bayern darum, nach dem Mittagessen noch etwas zu bleiben und über die Gründung eines Flüchtlingsrates in Bayern zu sprechen. Etwa 30 Teilnehmende sind geblieben und es war sehr schnell klar, dass ein Bayerischer Flüchtlingsrat sinnvoll sei. Am 10. Dezember 1986, dem Internationalen Tag für Menschenrechte, wurde er gegründet. Erste Aufgaben wurden verteilt und engagiert angepackt. Veranstaltungen konnten dann in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing durchgeführt werden.

Daraus entwickelte sich ein erfolgreicher und anerkannter Flüchtlingsrat mit vielen Aktivitäten, der aus Bayern nicht mehr wegzudenken ist.

Deutsches Islamforum *26. Juni 2002

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 führten zur Gründung des Deutschen Islamforums. Die Menschen waren von den Ereignissen erschüttert und blickten angstvoll auf den Islam und die Muslime.

Gemeinsam mit dem Oberarzt und Vorsitzenden des Rates der Türkeistämmigen Staatsbürger in Deutschland, Dr. Yasar Bilgin, besprachen wir, dass dagegen dringend etwas getan werden müsste. Wir wollten versuchen, gemeinsam mit Muslimen dem Misstrauen und den ablehnenden Einstellungen entgegen zu wirken. Zuerst formulierten wir am 22. November 2001 einen „Islamischen Kodex“, mit dem der deutschen Gesellschaft signalisiert werden sollte, dass Muslime den Dialog suchen und den inneren Frieden festigen wollen.¹⁸

Forum Islam

Während der Arbeit an dem Kodex kamen wir zu der Überzeugung, dass ein dialogischer Prozess sinnvoller ist als ein Dokument. Es freute uns, dass die Idee vom Zentralrat der Muslime in Deutschland aufgegriffen wurde, der eine „Islamische Charta“ erarbeitet und veröffentlicht hat. Wir bereiteten stattdessen ein Forum Islam vor, bei dem kritische Fragen offen angesprochen werden. Nach mehreren Vorbereitungssitzungen befasste sich die erste Tagung am 26. Juni 2002 mit 23 Teilnehmenden im Ökohaus in Frankfurt/M. mit dem Thema „Was sind die unveräußerlichen Grundwerte unserer Gesellschaft“.¹⁹

¹⁸ vgl.: Jürgen Micksch, *Islamforen in Deutschland*, 2005, S. 91f.

¹⁹ vgl.: *ebd.*, S. 14 ff.

In den folgenden Jahren wurden unterschiedliche kontroverse Themen behandelt. Dabei erfolgten Einführungen in der Regel aus muslimischer und nichtmuslimischer Sicht. Bei allen Tagungen nahmen ähnlich viele Muslime wie Nichtmuslime teil. Soweit erforderlich wurde nach den Sitzungen an Themen weitergearbeitet. Arbeitsergebnisse wurden veröffentlicht.²⁰

Harte Auseinandersetzungen

Gäste der Sitzungen des Deutschen Islamforums waren erstaunt über die Härte der Auseinandersetzungen. Manche zogen sich auch deswegen zurück. Aber die meisten Gesprächsteilnehmenden sind dabei geblieben, weil sie erlebten, dass offene und kritische Debatten am ehesten dazu beitragen können, gemeinsam zu vertretbaren Lösungen zu kommen. Nicht der Konsens ist das Ziel der Gespräche. Vielmehr ist entscheidend, andere Positionen anzuhören und durch kritische Dialoge dazu beizutragen, dass eine Qualifizierung in der Auseinandersetzung und bei der Bearbeitung von Themen erfolgt. Dann ist es eher möglich, gegensätzliche Positionen auszuhalten, die nicht miteinander vereinbar sind.

Jahrelang ist immer wieder gesagt worden, dass islamische Wertvorstellungen mit dem Grundgesetz nicht vereinbar seien. Viele der zugewanderten Muslime haben den Grundwerten der deutschen Verfassung nicht vertraut. Es dauerte lange bis islamische Gelehrte darauf hinwiesen, dass es im Koran keine Aussagen gibt, die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar seien. Muslime

²⁰ vgl. Jürgen Micksch, *Islamforen in Deutschland. Dialoge mit Muslimen*, Frankfurt/M. 2005; ders., *Muslime gehören zur deutschen Gesellschaft. 10 Jahre Deutsches Islamforum*, Berlin 2012, Seite 13

erkannten, dass sie in Deutschland auch in religiöser Hinsicht mehr Freiheiten haben als in den meisten islamisch geprägten Herkunftsländern. Bei den unterschiedlichsten Themen betonten die muslimischen Gesprächsteilnehmenden immer wieder, dass sie ohne Wenn und Aber die deutsche Verfassung befürworten und für sich als verpflichtend ansehen. Und das gelte auch für die Gleichberechtigung von Frau und Mann.

In der damaligen Zeit wurde immer wieder behauptet, dass Moscheegemeinden antisemitische Schriften verbreiten würden. Wir vereinbarten dann, dass entsprechende Beobachtungen an das Islamforum gemeldet werden. In den folgenden Jahren erhielten wir zwei Berichte aus Berlin, immer über dieselbe Moscheegemeinde, die sich dafür jeweils entschuldigte und dies abstellen wollte. Nach einigen Jahren konnten wir öffentlich machen, dass die Behauptung über die Verbreitung antisemitischer Schriften durch Moscheegemeinden unzutreffend ist.

Das Forum veranstaltete jährlich zwei Sitzungen in Frankfurt/M., die sich mit relevanten und kontroversen Themen befassten, wie mit dem Grundgesetz, Terror, Scharia, Ezanruf, Kopftuch, Stellung von Frauen, islamischem Religionsunterricht, Klassenfahrten, Schwimmunterricht, Jugendarbeit, Medien, Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus, Salafismus usw. Die frühere Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth schrieb zu dieser Arbeit: „Dieser beispielhafte Ansatz hat sich bewährt“.²¹

²¹ in: Jürgen Micksch, *Islamforen in Deutschland*, Seite 6

Als sich Ende 2002 zeigte, dass Dialoge der unterschiedlichen muslimischen Gruppierungen mit Staat und Gesellschaft möglich sind, entstand die Idee, solche Foren auch auf Länderebene einzurichten. Dabei lag es nahe, mit dem bevölkerungsreichsten Bundesland zu beginnen.

Islamforum in Nordrhein-Westfalen *10. September 2003

Nach verschiedenen Vorgesprächen konnte für den 10. September 2003 zur konstituierenden Sitzung in die Melanchthon-Akademie nach Köln eingeladen werden. Es nahmen 25 Persönlichkeiten aus Kirchen, Staat und Gesellschaft sowie den relevanten muslimischen Gruppierungen teil. Es wurde über die Erwartungen an ein Islamforum, die anstehende Türkeidebatte im Europa-Wahlkampf und andere Themen gesprochen.²²

Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft

***13. Oktober 2003**

Am 13. Oktober 2003 wurde in Frankfurt/M. das Hessische Islamforum gegründet. Die Hälfte der 35 Teilnehmenden hatte eine islamische Herkunft – vertreten waren das hessische Sozialministerium, das Landesamt für Verfassungsschutz, evangelische, katholische sowie jüdische Religionsgemeinschaften. Unterschiedliche Positionen gab es zur aktuellen Kopftuchfrage, da vom hessischen Kultusministerium ein Verbot in Schulen angekündigt wurde. Themen der nächsten Tagungen waren Klassenfahrten und Sportunterricht, an denen muslimische Mädchen auf Grund damaliger religiöser Vorschriften teilweise nicht teilnehmen

²² vgl. Jürgen Micksch, *Islamforen in Deutschland*, Seite 44 ff.

durften. Wir wiesen immer wieder darauf hin, dass die wenigen problematischen Fälle von den Medien aufgebauscht werden. Das Hessische Islamforum hat sich selbständig weiterentwickelt und auch für andere Religionen geöffnet. Seit 11. Juni 2013 bezeichnet es sich als Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft (HFRG).

Forum Muslime in den neuen Ländern *24. Juni 2004

Nach Vorgesprächen mit Almuth Berger, der Ausländerbeauftragten von Brandenburg, Stojan Gugutschkow, dem Ausländerbeauftragten von Leipzig, Michael Hugo von Rostock, Annette Köppinger, der Ausländerbeauftragten von Schwerin, Marita Schieferdecker-Adolf, der Ausländerbeauftragten von Dresden und anderen wurde uns deutlich, dass die Einrichtung eines Islamforums für die neuen Länder (ohne Berlin) sinnvoll sein könnte. Für den 24. Juni 2004 konnten wir dann zur Konstituierung nach Leipzig in das Neue Rathaus einladen, zu der 24 Teilnehmende kamen, die Hälfte davon Muslime.

Um das mögliche Missverständnis zu vermeiden, in dem Islamforum gehe es lediglich um theologische Dialoge, haben sich die Gründungsmitglieder als „Forum Muslime“ bezeichnet. Die Koordination künftiger Sitzungen wurde durch den Ausländerbeauftragten der Stadt Leipzig übernommen.

Die etwa 30.000 Muslime in den neuen Ländern kommen vor allem aus den arabischen Ländern und sind häufig Studierende und Flüchtlinge.

Weitere Islamforen

Die Konstituierung eines Islamforums in Rheinland-Pfalz erfolgte am 29. November 2004 in Mainz. In Niedersachsen konnte ein Islamforum am 23. November 2004 in Hannover eingerichtet werden. Am 16. November 2005 bildete sich das Islamforum Berlin und am 12. Dezember 2005 wurde in Nürnberg das Islamforum in Bayern gegründet.

Das erste Islamforum in einem Landkreis wurde am 24. November 2004 als „Christlich-Islamisches Forum Darmstadt-Dieburg“ gegründet. Auch hier sollte diese Bezeichnung deutlich machen, dass es nicht zuerst um theologische Dialoge geht und auch Persönlichkeiten aus Kommunen, Schulen und anderen Einrichtungen einbezogen werden.

Das erste kommunale Islamforum ist am 27. November 2003 in Düren/Nordrhein-Westfalen eingerichtet worden. Am 15. Oktober 2008 startete das Forum Muslime in Erfurt. Das Forum Muslime in Berlin Tempelhof-Schöneberg begann am 23. Februar 2009. Das Islamforum Ludwigshafen wurde am 25. April 2009 gegründet, das Forum Muslime im Landkreis Günzburg am 8. Mai 2008 und im Juni 2009 gründete sich das Forum muslimischer Frauen im Landkreis Reutlingen. Weitere Foren haben sich an anderen Orten gebildet.²³

23 vgl. Jürgen Micksch, *Islamforen in Deutschland*, Seiten 28-41 und 44 -71

Bei den Foren wurde angestrebt, dass die Vorbereitung und Durchführung gemeinsam durch muslimische und nicht-muslimische Persönlichkeiten erfolgt. Themen waren vor allem aktuelle Herausforderungen vor Ort, für die Lösungen gesucht wurden. Wo theologische Debatten im Vordergrund standen, blieben sie häufig ohne Ergebnisse und haben die Weiterarbeit eher behindert. Seit dem 9. April 2008 erfolgte ein Austausch zwischen den Foren in dem von uns organisierten Koordinierungsrat der Islamforen in Deutschland.

Durch die Foren wurden viele gemeinsame Projekte angestoßen. Es wurde deutlich, dass Dialoge möglich und sinnvoll sind. In einem Schreiben zur Buchveröffentlichung „Islamforen in Deutschland. Dialoge mit Muslimen“ schrieb uns Dr. Angela Merkel (CDU) im Mai 2005: „Ihrem Einsatz gegen Vorurteile und für ein besseres Verständnis für Religionsgemeinschaften in unserer Gesellschaft wünsche ich weiterhin viel Geduld und Kraft. So kann Integration auf Dauer gelingen.“²⁴

Wichtige Impulse für Dialoge wurden durch die von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im September 2006 eingerichtete Deutsche Islam Konferenz ausgelöst. Dabei konnten Erfahrungen des Deutschen Islamforums aufgegriffen werden. Die kontroversen öffentlichen Debatten haben dazu beigetragen, dass in der Bevölkerung wahrgenommen wurde, dass Dialoge mit Muslimen möglich sind.

²⁴ Jürgen Micksch, *Muslime gehören zur deutschen Gesellschaft*, Seite 33

Dialogstrukturen

Es gab Dialogstrukturen, die das Islamforum von Anfang an prägten. Sie wurden intensiv beraten und fanden Eingang in die „Arbeitsgrundlage für das Deutsche Islamforum“ vom 26. Juni 2006:²⁵

1. Differenzen werden offen angesprochen.
2. Gespräche werden partizipatorisch vorbereitet.
3. Qualifizierte Gespräche sind langfristig anzulegen.
4. Ideale sind mit Idealen und die Praxis ist mit der Praxis zu vergleichen.
5. Zu einem gelingenden Miteinander gehören Aufrichtigkeit und Transparenz.
6. Erforderlich ist eine Bereitschaft zur Kritik und Selbstkritik.

Im Laufe der Jahre wurden Themen durch unterschiedliche Arbeitsgruppen aufgegriffen und weiter bearbeitet, teilweise ging das Interesse zurück, manchmal sind Dialoge gescheitert und mancherorts haben sich die Schwerpunkte verschoben, da sich auch andere Religionsgemeinschaften wie insbesondere Juden beteiligten. Aktuell ist das Islamforum Bayern mit Dr. Rainer Oechslen von der evangelischen Landeskirche in München noch besonders aktiv.

²⁵ Jürgen Micksch, *Muslimen gehören zur deutschen Gesellschaft*, Seite 75 ff

Inzwischen gibt es bundesweit Hunderte von Gruppen, die sich in unterschiedlicher Form dem Austausch mit Muslimen widmen. Dialoge wurden institutionalisiert und gehören zum Alltag. Sie haben mit dazu beigetragen, dass das Miteinander mit Muslimen in Deutschland als gut bezeichnet werden kann.

Gegenwärtig öffnen sich diese Dialoge auch anderen Religionsgemeinschaften. Das ist deshalb wichtig, da dadurch die Engführung auf Muslime überwunden wird. Konflikte zwischen islamischen Gruppierungen treten zurück. Bei interreligiösen Kooperationen zeigt sich häufig, dass ein Miteinander mit Muslimen und ihren Einrichtungen besonders erfolgreich ist.

Digitale Religionsgespräche

Als Weiterführung des Deutschen Islamforums habe ich seit dem 5. September 2021 Digitale Religionsgespräche beim Abrahamischen Forum eingeführt: Persönlichkeiten aus neun Religionsgemeinschaften stellen sich dem Dialog zu Fragen des Zusammenlebens. Diese monatlichen Gespräche werden im Jahr 2021 erprobt und danach soll darüber beraten werden, ob und wie sie weitergeführt werden können.

Interreligiöse Konferenz

***26. Mai 2011**

Gemeinsam mit Ilona Klemens vom Rat der Religionen Frankfurt gründeten wir am 26. Mai 2011 in Frankfurt/M. die Interreligiöse Konferenz. In ihr arbeiteten Räte der Religionen, Runde Tische der Religionen und ähnliche Einrichtungen aus verschiedenen Kommunen in Deutschland zusammen. Die Interreligiöse Konferenz war eine Plattform für den Austausch und traf sich einmal jährlich. Sie förderte interreligiöse kommunale Kooperationen in Deutschland und informierte über Entwicklungen in europäischen Ländern. Die Arbeit der Interreligiösen Konferenz konnte ich als Moderator beenden, als sich im Jahr 2018 in Zusammenarbeit mit dem Rat der Religionen Frankfurt der Bundeskongress der Räte der Religionen bildete.

Arbeitskreis Muslime und Verfassungsschutz

***29. Februar 2012**

Seit dem Start des Deutschen Islamforums im Juni 2002 wurden Vertretungen des Verfassungsschutzes regelmäßig zu den Sitzungen eingeladen. Teilgenommen haben insbesondere Persönlichkeiten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Verfassungsschutzes aus Hessen und zuständige Referenten der Innenministerien von Bayern und Nordrhein-Westfalen (NRW). Dadurch konnten Konflikte direkt besprochen und die Kenntnisse der Verantwortlichen genutzt werden. Immer wieder kam es dabei zu heftigen Kontroversen.

Einige Themen bedurften jedoch einer intensiveren Beratung. Deshalb wurde mit dem zuständigen Referenten des Innenministeriums NRW im Jahr 2011 vereinbart, einen eigenen Arbeitskreis einzurichten. Als nach längeren Gesprächen zur ersten Sitzung eingeladen werden sollte, da sagte das Bundesamt eine Mitwirkung ab. Dadurch konnte auch der Vertreter aus NRW nicht teilnehmen. Da vor allem Wissenschaftler, Kirchenvertreter, Experten und Vorstandsmitglieder der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) an solch einem Arbeitskreis interessiert waren, habe ich zu einer ersten Sitzung am 29. Februar 2012 nach Köln eingeladen.

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs

Damals gab es immer wieder Behauptungen über kommunale Schwierigkeiten mit Gemeinden der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG). Daher vereinbarten wir, Konflikte im kom-

munalen Bereich zu beobachten und zu sammeln. Allerdings ist uns danach kein einziger Fall vorgetragen worden, bei dem es auf kommunaler Ebene zu Problemen mit Gemeinden der IGMG gekommen ist. Von Seiten der IGMG wurden wir allerdings ausführlich über Diskriminierungen in den Bereichen Schule, Jugend- und Frauenarbeit, Berufsleben, Einbürgerungen, Aufenthaltsrecht und Kommunalpolitik informiert, die häufig mit der Erwähnung in Verfassungsschutzberichten zu tun hatten. Wir sind schließlich in der Arbeitsgruppe zu der Überzeugung gekommen, dass es kaum mehr zu rechtfertigen ist, die IGMG in Verfassungsschutzberichten zu nennen. Das machten wir auch öffentlich.

Die Situation hat sich dann im Sinne unserer Bemühungen verändert. Erstmals hat der Verfassungsschutz von Bremen die IGMG in seinem im Juni 2014 veröffentlichten Bericht nicht mehr genannt. Im Jahre 2015 folgten dann Hamburg, Saarland, Niedersachsen, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Unsere dazu geführten Gespräche in München und Wiesbaden waren allerdings nicht erfolgreich. Die IGMG wird weiterhin in den Berichten aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und dem Bericht des Bundesamtes genannt. Aber auch in anderen Bundesländern gibt es weiterhin Probleme der IGMG vor Ort, z.B. bei der Anmietung von Räumlichkeiten oder bei der Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit.

Die Muslimische Jugend in Deutschland

Ein anderes Thema des Arbeitskreises war die Muslimische Jugend in Deutschland (MJD). Zweimal nahm ich mit Klarenz Stradomski, einem erfahrenen Lehrer, an ihren Jahrestagungen in Bad Orb teil. Auch dabei verfestigten sich die Einschätzungen, dass für die jungen Menschen die Erwähnung der MJD in Verfassungsschutzberichten ein großes Problem darstellt und dass wir keine überzeugenden Begründungen für ihre Nennung finden konnten. Unter anderem bei dem Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hessen, in dessen Land die Jahrestagungen der MJD stattfanden, setzte ich mich für die Streichung der MJD ein. Im Jahr 2015 wurde die MJD aus den Verfassungsschutzberichten in Hessen und Baden-Württemberg gestrichen.

Im bayerischen Bericht wurde die MJD weiterhin erwähnt. Hierzu führte ich gemeinsam mit Dr. Rainer Oechslen Gespräche in München, die zu keinem Erfolg führten. Wir sind dann allen Vorwürfen bis ins Einzelne nachgegangen und konnten aufzeigen, dass manche Informationen veraltet oder nicht zutreffend sind. Zugleich hat die MJD ihre teilweise überholte Homepage überarbeitet und grundlegend aktualisiert. Nach verschiedenen Briefwechseln teilte mir das Bayerische Innenministerium im April 2017 mit, dass die MJD nicht mehr im Bericht aufgenommen wird. Vom Bundesamt wurde mir zugesagt, dass auch dort die MJD gestrichen wird, wenn sie in Bayern gelöscht ist. Das erfolgte aber nicht. Erst nach weiteren Gesprächen und Briefwechseln ist die MJD dann schließ-

lich im Jahr 2019 gestrichen worden und wird damit in keinem Bericht mehr genannt.

Gespräche führten wir 2017 mit der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD). Wir wollten ein ähnliches Untersuchungsverfahren wie mit der IGMG durchführen. Die IGD hat ihren Namen und die Satzung geändert – sie nennen sich nun „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“. Allerdings haben wir keine Informationen erhalten, der Austausch wurde kaum weitergeführt und die Einschätzungen im Arbeitskreis sind unterschiedlich.

Die Beobachtung von Einzelnen

Immer wieder wenden sich einzelne muslimische Persönlichkeiten an uns, die von einer Beobachtung berichten. In einzelnen Fällen konnten wir uns erfolgreich für sie einsetzen, in anderen Fällen erreichten wir nichts. Dabei ist ein besonderes Problem, dass manchmal eine Beobachtung behauptet wird, die überhaupt nicht stattfindet. Gesellschaftliche Einrichtungen ziehen sich dann zurück, wenn auch nur der Verdacht oder das Gerücht einer Beobachtung aufkommt. Langjährig gute Kooperationen werden dadurch gefährdet oder beendet, die für das friedliche Miteinander und die Akzeptanz von Muslimen vor Ort eine große Bedeutung haben. Außer unserem Arbeitskreis ist mir keine Institution bekannt, von der die Arbeit des Verfassungsschutzes im Bereich der Muslime kritisch begleitet wird.

Vertrauensbildende Gremien fehlen

Es fehlt ein mit dem Verfassungsschutz kooperierendes Gremium, in dem schwierige Situationen möglichst vertrauensvoll beraten werden können. Es wäre im Sinne der Demokratie, wenn muslimische Einrichtungen und Persönlichkeiten darüber informiert werden, was ihnen vorgeworfen wird. Sie könnten das dann korrigieren oder abstellen. Sie kennen die Gründe für ihre Beobachtung oft selbst nicht und haben Vermutungen, die dazu führen können, dass sie Misstrauen gegen diese Gesellschaft und ihre Institutionen entwickeln.

Der Verfassungsschutz sollte ein Interesse daran haben, dass möglichst wenige Einrichtungen und Personen beobachtet werden müssen. In einer Demokratie ist es dringend erforderlich, dafür Kontakt-Strukturen und vertrauensbildende Maßnahmen zu entwickeln. Hier fehlen Institutionen aus Verfassungsschutz und Zivilgesellschaft, die zu einer Qualifizierung der Arbeit des Verfassungsschutzes, zu einem Abbau von Ängsten bei Betroffenen und zu einem guten Miteinander beitragen können. Ein Wandel durch Kontakte sollte auch hier erfolgen.

Arbeitskreis Religionen und Naturschutz

***30. Januar 2017**

Im Jahr 2014 fragte Dr. Andreas Mues vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) bei uns an, ob sich das Abrahamische Forum in Deutschland um ein Projekt im Rahmen der UN-Dekade zur biologischen Vielfalt bewerben könnte. Diese Anfrage kam überraschend. Da die Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung für mich immer eine zentrale Bedeutung hatten, reichte ich dafür eine Bewerbung ein, die angenommen wurde.

Nach entsprechenden Vorbereitungen kamen am 25. und 26. Februar 2015 auf Einladung des Abrahamischen Forums in Bonn erstmals Vertreter*innen von neun Religionsgemeinschaften, Naturschutzverbänden sowie wissenschaftlichen und staatlichen Stellen zusammen. Bei den 90 Teilnehmenden gab es einen beachtlichen und erfreulichen Konsens bei grundlegenden Herausforderungen zum Schutz der Natur. Es wurde die Gemeinsame Erklärung „Religionen für biologische Vielfalt“ erarbeitet, die von Teilnehmenden unterzeichnet wurde.²⁶

In der Gemeinsamen Erklärung heißt es: „Auch wenn sich die Lehre und Praxis der Religionen unterscheiden: Die Bewahrung der Natur und ihrer Vielfalt ist für sie eine gemeinsame und bleibende Aufgabe. Interreligiöses Zusammenwirken dient dabei dem besseren Kennenlernen untereinander und dem Frieden miteinander und mit der Natur.“²⁷

²⁶ Micksch, Jürgen/Khurshid, Yasmin/Meisinger, Hubert/Mues, Andreas: *Religionen und Naturschutz – Gemeinsam für biologische Vielfalt, Bonn 2015.*

²⁷ Ebenda, Seite 75

Konkrete Impulse

Aus der Vielfalt möglicher Aufgaben wurden konkrete Impulse vereinbart, „die von Religionsgemeinschaften und Naturschutzakteuren gemeinsam und zeitnah umgesetzt werden können.“

- So wurden Religiöse Naturschutztage im September angeregt, die inzwischen an zahlreichen Orten aufgegriffen werden;
- Freiflächen um religiöse Gebäude sollten Orte biologischer Vielfalt werden – daraus entwickelte sich z.B. das Moscheebaum-Projekt;²⁸
- Religionen und Naturschutz-Teams (RuN-Teams) wurden gebildet – 40 Expertinnen und Experten arbeiten dabei mit;
- ein „Netzwerk der Religionen“ wurde durch den Arbeitskreis „Religionen und Naturschutz“ aufgebaut, der am 30. Januar 2017 in Mainz gegründet wurde. Der Arbeitskreis bildete einen Beirat und unterschiedliche Arbeitsgruppen.

Bei der Arbeit wurde deutlich, dass Religionen ihre Impulse häufig durch Feste und Feiern weitergeben, die sich jährlich wiederholen und dadurch nachhaltig sind. Daran wird nun angeknüpft. Jährliche Veranstaltungen werden angeregt oder weiterentwickelt.

28 <http://bilalzentrum.de/moscheebaum/>

Sie greifen zentrale Herausforderungen auf:

- Die „Fünf Wochen für Bäume“ zwischen dem 21. März und dem 25. April, die eine jüdische Tradition aufnehmen, bei der Bäume gepflanzt werden;
- das Bienen-Fest um den 20. Mai, bei dem die Notwendigkeit von Bienen und Insekten für das Bestäuben im Mittelpunkt steht;
- das Arche-Noah-Fest um den 22. Mai, das eine jüdische, christliche und muslimische Tradition aufgreift und die Bedeutung biologischer Vielfalt betont;
- das jüdische Laubhütten-Fest und das christliche Erntedankfest, an dem für die Vielfalt der Natur gedankt wird und zu dem traditionell auch fremde Menschen eingeladen werden;
- darüber hinaus gibt es in den Religionen Fasten-Zeiten, die gegenwärtig besondere ökologische Herausforderungen aufgreifen, wie das Plastik-Fasten, Fleisch-Fasten oder Auto-Fasten.²⁹

Bei diesen Festen, Feiern oder Fastenzeiten werden Anregungen und Impulse von Religionsgemeinden und ihren Mitgliedern zum Schutz der Natur weitergegeben. Die folgenden Vorhaben sind im Aufbau und werden vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) und vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) gefördert.³⁰

²⁹ Glaeser, Julia: *Die Natur feiern. Naturschutz und Religiöse Feste*, 2. Auflage, Bonn 2020

³⁰ Vgl. Jürgen Micksch, *Religiöse Impulse für biologische Vielfalt*, Darmstadt 2021

Fünf Wochen für Bäume zwischen dem 21. März und dem 25. April

Bäume sind für das menschliche Leben zentral:

- Sie versorgen Tiere, Pflanzen und Menschen mit Nahrung;
- sie beeinflussen das globale und lokale Klima;
- sie sind ein Lebensraum für Pflanzen und Tiere;
- sie speichern Wasser und enorme Mengen von Kohlendioxid;
- sie sorgen für saubere Luft;
- sie stärken das Immunsystem;
- sie lindern chronische Erkrankungen und verbessern das psychische Wohlbefinden.

Bäume haben eine besondere religiöse Bedeutung. Im Judentum gibt es das Neujahrsfest der Bäume – Tu BiSchwat. An diesem Tag werden Bäume gepflanzt sowie Nachbarn und Freunde zu einem gemeinsamen Fest eingeladen. Der Baum spielt im Judentum, Christentum und Islam vor dem Hintergrund der Schöpfungsgeschichte und des Paradieses eine wichtige Rolle. Muslime werden vom Propheten Muhammad ermutigt, Bäume zu pflanzen, da dies für Menschen und Tiere nützlich sei. Für Aleviten hat jeder Baum eine Seele – vor jeder ihrer Gebetsstätten (Cem-Häuser) soll ein Baum stehen. Im Buddhismus werden Bäume geachtet und gefeiert, zumal Buddha bevorzugt unter einem Baum predigte.

In Deutschland wurde der Tag des Baumes erstmals am 25. April 1952 gefeiert. An diesem Tag pflanzte der damalige Bundespräsident Theodor Heuss zusammen mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) einen Ahornbaum im Bonner Hofgarten. Religionsgemeinschaften können an diesem Internationalen Tag des Baumes auf den Wert von Bäumen und Wäldern hinweisen.

Für Feste der Bäume zwischen dem 21. März und dem 25. April gibt es vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten:

- Kindergärten und Schulen können sich mit der Bedeutung von Bäumen befassen, Bilder malen und Lieder dazu singen;
- Bäume werden um die Gelände von religiösen Gebäuden unter Beteiligung von Menschen der verschiedenen Religionsgemeinschaften eingepflanzt;
- Lesungen aus Heiligen Schriften erfolgen oder Berichte von religiösen Traditionen;
- Bäume werden unter Beteiligung verschiedener Religionsgemeinden an öffentlichen Plätzen gepflanzt;
- geführte Waldwanderungen sind möglich, bei denen mit Förstern kooperiert wird;
- verbrannte, beschädigte oder verletzte Grünflächen innerhalb eines Waldes werden mit einer Trauerfeier gewürdigt - beim anschließenden „Heilen“ durch das Aussähen neuer

Samen oder Pflanzen von Bäumen wird neues Leben geschenkt;

- Feste der Bäume können von allen Menschen gemeinsam gefeiert werden.

Arche Noah-Fest um den 22. Mai

Leben ist biologische Vielfalt. Menschen benötigen die vielfältigen Angebote der Natur als Lebensgrundlage für ein glückliches und sinnerfülltes Dasein. Die Fülle der Schönheit der Natur zu erhalten und zu bewahren ist eine der zentralen Aufgaben aller Menschen.

Gegenwärtig erleben wir einen dramatischen Rückgang bei der Vielfalt von Pflanzen, Tieren und anderen Lebewesen. Wir stehen am Beginn eines globalen Aussterbens erdgeschichtlichen Ausmaßes. Zentrale Gründe dafür sind die Art des Wirtschaftens, Produzierens und Konsumierens. Damit hängen auch der Klimawandel und seine Folgen für die Natur zusammen. Menschen verlieren deswegen ihre Lebensgrundlagen und viele sind zur Flucht gezwungen.

Religionen wollen die Vielfalt erhalten

Religionen befassten sich bereits vor Jahrtausenden mit solchen Katastrophen. Ein Beispiel ist die Erzählung von der Arche Noah, die es in verschiedenen Religionen gibt. Nach einer alles zerstörenden Wasserflut werden allein Noah mit seiner Familie und alle Tierarten gerettet. In Judentum und Christentum wird Noah von

Gott versprochen, „nie wieder soll eine Flut kommen und die Erde verderben“ (Genesis 9,11). Im Christentum gibt es unterschiedliche Gedenktage an Noah, seine Familie und die Tiere. Dabei gilt der Regenbogen sowohl im Judentum als auch im Christentum als Zeichen für den neuen Bund zwischen Gott und Mensch. Im Ezidentum hat eine Schlange ein Loch in der Arche Noah verschlossen und sie so vor dem drohenden Untergang bewahrt. Schlangen gelten daher den Eziden als heilig.

Im Islam wird dem Propheten Noah eine eigene Sure gewidmet (Sure 71). Um das Überleben nach der Sintflut zu feiern, wird ein Festessen vorbereitet. Da es jedoch nur noch wenige Lebensmittel gab, wurde eine Suppe aus allen Resten gekocht, die Aschura-Suppe. Im Alevitentum wird mit der Aschura-Suppe aus zwölf Zutaten an den Propheten Noah erinnert. Als Symbol der Dankbarkeit wird die Süßspeise unter Verwandten, Bekannten und der Nachbarschaft verteilt und gemeinsam gegessen.

Die biologische Vielfalt beim Arche-Noah-Fest feiern

Das Arche-Noah-Fest wurde vom Abrahamischen Forum bereits am 5. Februar 2007 zusammen mit dem Forum für Interkulturellen Dialog (FID e.V.) gefeiert. 200 jüdische, christliche und muslimische Menschen starteten in Wiesbaden mit einem Schiff auf dem Rhein. Es wurde an die Katastrophe der Sintflut erinnert und an die Aufgabe, für die Erhaltung der biologischen Vielfalt aktiv zu werden und eine weitere Erwärmung des Klimas zu verhindern.

Im Jahr darauf starteten „Archen Noahs“ in Frankfurt auf dem Main, in Antalya/Türkei und auf dem See Genezareth in Israel. Die Schiffe mit jüdischen, christlichen und muslimischen Teilnehmenden waren per Video verbunden und die Teilnehmenden tauschten Grußbotschaften in deutscher, hebräischer und türkischer Sprache aus. Im Jahr 2009 gab es Arche-Noah-Feste in europäischen Städten wie Lissabon, Madrid, Rom und Zürich sowie in Berlin, Darmstadt, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Kassel, Köln, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart und Tübingen.

Neben einer gemeinsamen Fahrt auf einem Schiff gibt es vielfältige Möglichkeiten zur Feier des Arche-Noah-Festes für biologische Vielfalt:

- Kinder sprechen in Kindergärten und Schulen über die Arche Noah und malen Bilder dazu;
- Vorträge oder Filme, die den Artenrückgang und die Bedeutung der biologischen Vielfalt für Pflanzen, Tiere und Menschen thematisieren, werden gezeigt;
- biodiversitäts-freundliche Umgestaltung von Innenhöfen der Gemeinden;
- Grünflächen rund um religiöse Gebäude oder auf Friedhöfen werden naturschutzverträglich gestaltet und gepflegt;

- Gemeinden übernehmen „Patenschaften“ einer bedrohten Tier- oder Pflanzenart und engagieren sich für deren Erhalt;
- Nistkästen für Vögel und Fledermäuse einrichten;
- Dachbegrünungen oder Fassadenbegrünungen mit heimischen Pflanzen;
- Hecken- und Baumpflanzungen werden mit heimischen Arten gestaltet; dabei sind blühende und Früchte tragende Sträucher für Insekten und Vögel besonders nützlich;
- kurz gemähte grüne Einheitsrasen zu blühenden Wiesen umgestalten oder Inseln auf den Wiesen mit Wildblumen einrichten;
- Steinhäufen als Unterschlupf für kleine Tiere aufschütten;
- zum Abschluss eines Festes kann die Aschura-Suppe gemeinsam gegessen werden, die aus einer Vielfalt von Zutaten zubereitet wird und die zur muslimischen Arche-Noah-Tradition gehört. (Rezepte dazu finden sich auf der Homepage des Abrahamischen Forums, im Internet oder in der Veröffentlichung „Die Natur feiern – Naturschutz und religiöse Feste“, Bonn 2020, Seite 95)

Religiöse Naturschutztage Mitte September

Zur Stärkung des Engagements für biologische Vielfalt finden auf Anregung des Abrahamischen Forums seit 2017 die Religiösen Naturschutztage statt. Der Zeitraum für Veranstaltungen erstreckt sich auf eine Woche in der Mitte vom September und wird vom Arbeitskreis „Religionen und Naturschutz“ beim Abrahamischen Forum vorgeschlagen. Die Naturschutztage folgen dem Tag der Schöpfung, der am ersten Freitag im September gefeiert wird.

Die ersten Veranstaltungen erfolgten im Jahr 2017 in Darmstadt, im Jahr 2018 kamen Köln und Osnabrück dazu. Im Jahr 2019 waren es Darmstadt, Köln, Osnabrück, Frankfurt/M. und Wetteraukreis; im Jahr 2020 trotz der Corona-Krise Darmstadt, Köln, Frankfurt/M., Wetteraukreis, Erfstadt, Ladenburg, München sowie Tübingen und im Jahr 2021 waren es 10 Städte.

Der Erhaltung der biologischen Vielfalt widmeten sich im September 2019 bundesweit über 50 Veranstaltungen - über 900 Moscheegemeinden griffen die Thematik bei den Freitagsgebeten auf. Beispielhaft ist die Zentralmoschee in Köln, die zu diesem Anlass den Beton in ihrem Außenbereich begrünzte. Die Emir-Sultan-Moschee in Darmstadt wurde für ihre Aktivitäten – Ausbau des Minarets zu einem Nistplatz für Turmfalken und Fledermäuse und Begrünung der Außenbereiche - von der UN-Dekade für Biologische Vielfalt im Jahr 2018 ausgezeichnet und nochmals im Jahr 2020. Anlässlich der Naturschutztage 2019 übergaben und pflanzten Vertretungen christlicher und muslimischer Gemeinden einen Baum im Außenbereich der Synagoge in Darmstadt.

Gemeinsam vorbereiten

Schon bei den Vorbereitungen der Religiösen Naturschutztage arbeiten Religionsgemeinschaften, Naturschutzeinrichtungen und kommunale Stellen zusammen. Die Vernetzung der Aktiven an der Basis ist ein Ziel der Religiösen Naturschutztage. Auf der Homepage des Abrahamischen Forums findet sich ein bundesweiter Veranstaltungskalender, in dem die Planungen und Veranstaltungen angekündigt werden, um andere darüber zu informieren. Es gibt eher handlungsorientierte und spirituelle Veranstaltungen:

Handlungsorientierte Veranstaltungen

- Umgestaltung des Gemeindegeländes: Möglich ist die Pflanzung eines Baumes, das Anbringen von Insektenhotels und Nistkästen an Gebäuden, das Ersetzen einer Steinmauer durch eine Hecke, die biodiversitätsfreundliche Gestaltung und naturverträgliche Pflege von Grünflächen;
- ein Workshop zum Thema „Naturschutz in der Gemeinde“ zeigt Wege, wie man einen Baum pflanzt, eine Blütenwiese anlegt und wie man im Alltag Plastik vermeidet;
- Malen, Basteln oder auch Poesie helfen dabei, innere Einstellungen zu entwickeln, die das Handeln im Alltag verändern; so kann gemeinsam das Ebru-Zeichnen gelernt werden, eine spezielle Technik, bei der auf Wasser gemalt wird.

Spirituelle und informative Veranstaltungen

- Religiöse Feiern wie Gottesdienste oder Freitagsgebete:
Dabei kann in die Natur gegangen werden. Religiöse Feiern im Grünen machen auch andere Menschen neugierig;
- Gemeinsame Meditationen, Gesänge und Gebete: Religionen haben verschiedene spirituelle Traditionen, die sich mit der Natur befassen;
- Diskussionsrunden bieten die Möglichkeit, andere Glaubensvorstellungen kennen zu lernen und von Expert*innen des Naturschutzes Anregungen zu erhalten;
- Interreligiöses Pilgern schafft neue Verbindungen zwischen Menschen verschiedener Religionen; wichtig ist dabei der achtsame Umgang mit der Natur: Empfindliche Biotope nicht beeinträchtigen, scheue Tiere nicht stören, seltene Pflanzen nicht zertreten oder abpflücken, Müll nicht liegen lassen und auf dem Weg bleiben. Wo es sich anbietet, ist es beim Pilgern auch sehr schön, abseits der Wege zu gehen, schweigend die Stille zu genießen und Ruhe für Gebete zu finden;
- Ausflüge zu Bio-Bauernhöfen in der Umgebung und Fahrradtouren in naheliegende Landschaftsschutzgebiete machen.

Laubhütten- und Erntedankfest Anfang Oktober

Dankfeste zur Zeit der Ernte gibt es in zahlreichen Kulturen. Verbreitet ist dabei die Tradition, Menschen aus der Nachbarschaft, seien es Freunde, Verwandte, Bekannte oder Fremde sowie Menschen mit und ohne Religion einzuladen. Sie sind alle an der Ernte beteiligt und von dieser abhängig.

Beispielhaft ist eine Überlieferung im 5. Buch Mose:

„Wenn nicht nur die Getreide-, sondern auch die Weinernte eingebracht ist, sollt ihr sieben Tage lang das Laubhüttenfest feiern. Begeht es als Freudenfest mit euren Söhnen und Töchtern, [...] und mit den Leviten in eurer Stadt, den Fremden, die bei euch leben, den Waisen und Witwen“ (Dtn 16,13-14).

Im Judentum werden Laubhütten gebaut – im Garten, im Hof, auf dem Parkplatz, Balkon oder auf dem Dach. Die Sukka oder Laubhütte ist eine mit Ästen, Stroh oder Laub gedeckte Hütte unter freiem Himmel. Dort werden während der Festtage die Mahlzeiten eingenommen und manche übernachten in der Laubhütte. Teilweise werden von den Synagogen-Gemeinden auch Empfänge gegeben. In den Laubhütten kann es neben Gebeten auch Lesungen und Gespräche geben.

In vielen christlichen Traditionen wird das Erntedankfest gefeiert. In Mitteleuropa ist das häufig Ende September und Anfang Oktober. In den meisten evangelischen und katholischen Gemeinden wird das Fest am ersten Sonntag im Oktober gefeiert. Doch der

Termin ist nicht verbindlich und wird durch regionale Besonderheiten beeinflusst. Auch die Gestaltung ist unterschiedlich. Es gibt Gottesdienste, bei denen die Vielfalt der Ernte auf dem Altar ausgebreitet und später an Arme, Obdachlose und Flüchtlinge verteilt wird. Umzüge finden statt und vieles mehr. Die Feiern sind durch Freude und Dankbarkeit geprägt und werden traditionell besonders gern besucht.

In einem Land mit Flüchtlingen, ausländischen Erntehelfern und Menschen unterschiedlicher Herkunft könnte es zu einer Tradition werden, Personen aus anderen Kulturen einzuladen. Dafür kann Kontakt aufgenommen werden mit Bürgerinitiativen, sozialen Einrichtungen, Flüchtlingsunterkünften sowie verschiedenen religiösen Gemeinden. Gemeinsam können sich die Teilnehmenden an der biologische Vielfalt freuen, die in der gesammelten Ernte sichtbar wird. Die dadurch entstehenden Kontakte stärken das friedliche Miteinander.

Fasten für biologische Vielfalt

Der freiwillige Verzicht auf Nahrungsmittel oder andere Genussmittel über einen bestimmten Zeitraum hat in vielen Kulturen und Religionen eine lange Tradition. Er wird individuell oder als organisierte Gemeinschaftsaskese praktiziert. Auch variiert die Dauer und Jahreszeit der Enthaltbarkeit. Das Fasten dient unterschiedlichen Zwecken. Es kann religiös, spirituell oder gesundheitlich motiviert sein. Ein Hungerstreik mag politische Ziele haben. Religiöse Fastenzeiten sind häufig Phasen eines besonders intensiven Lernens.

Im Judentum hat der Yom Kippur als höchster Feier- und Fastentag eine rein religiöse Bedeutung, die anderen Fastentage haben auch Bezüge zur jüdischen Geschichte. Im Christentum gibt es eine Vielfalt an Fastenzeiten in den verschiedenen Konfessionen mit unterschiedlichen Anlässen und Regelungen. Am wichtigsten ist die vorösterliche Passionszeit. Im Islam wird im Monat Ramadan gefastet – Fasten gehört zu den fünf Säulen des Islam und gilt für Sunniten wie Schiiten. Aleviten fasten zwölf Tage im islamischen Monat Muharram. Für Bahai ist das Fasten ein Weg, Gott näher zu kommen.

Beim Fasten in unserer Zeit wird immer häufiger die Bewahrung und Erhaltung der Natur in den Mittelpunkt gestellt. So gibt es die christliche Bewegung „Sieben Wochen ohne“, die jedes Jahr in der vorösterlichen Zeit besondere Ziele benennt wie das Autofasten oder Fleischfasten, um auf unsere Verantwortung für die Natur aufmerksam zu machen. Bei Muslimen verbreitet sich gegenwärtig das Plastikfasten, damit in der Zeit des Ramadan Plastikmüll bei den großen Gemeindeveranstaltungen vermieden wird.

Fastenzeiten dienen als Phasen der nachhaltigen Gestaltung unseres Lebens. Es erfolgt eine Besinnung auf das Wichtigste im Leben:

- Ein kritischer Blick auf Konsumgewohnheiten wird entwickelt;
- die Solidarität mit den Armen und die Bekämpfung der Ungerechtigkeit wird hervorgehoben;

- Fastenzeiten können Phasen des interreligiösen Austausches werden, wie das beim Ramadan-Fest schon zu beobachten ist.

Der Aschermittwoch als christlicher Fastentag kann dazu entwickelt werden, unsere Verantwortung für die biologische Vielfalt in das Zentrum zu rücken und zu den Feiern Menschen anderer Religion und ohne Religion einzuladen.

Zeiten des Fastens sind Zeiten besonders intensiver religiöser Spiritualität. In einer multireligiösen Gesellschaft sind dabei intensive Begegnungen möglich, die das Engagement für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und das friedliche Miteinander mit der Natur und Gesellschaft festigen.

Was die Gründungen erreichten

Die einzelnen Gründungen sind Antworten auf akute Herausforderungen in einer modernen Gesellschaft, die durch ständige Veränderungen geprägt ist.

Viele neue Aufgaben hängen dabei mit der Flucht und Migration zusammen. Im Rückblick lassen sich folgende Entwicklungen beobachten:

- *Zugewanderte Menschen* fanden vor allem in den Anfangsjahren nur ein geringes Interesse bei der Bevölkerung und in Kirchengemeinden. Durch die Tausenden von Veranstaltungen zum Tag des ausländischen Mitbürgers und der späteren Interkulturellen Woche wurden Kirchen zu wichtigen Akteuren in der Migrationsarbeit und bekamen dadurch auch politischen Einfluss. Kirchliches Engagement und die dadurch entstandenen Kontakte haben auf die Gesellschaft ausgestrahlt und zusammen mit vielen anderen Initiativen dazu beigetragen, dass später von einer Willkommenskultur gesprochen werden konnte.
- *Juden, Christen und Muslime* hatten früher kaum Berührungspunkte und standen sich oft ablehnend bis feindlich gegenüber. Das hat sich verändert. Durch abrahamische Kooperationen und die vielen Hundert Dialoggruppen kann nun von einem insgesamt guten Miteinander von Juden, Christen und Muslimen gesprochen werden. Über 1.700 Moscheegemeinden und mehrere Synagogen sind dazu bereit, Christen und Menschen anderen Glaubens während der UN-Wochen gegen Rassismus zu Freitagsgebeten oder Sabbatgebeten einzuladen und mit ihnen

über die Überwindung von Rassismus zu sprechen. Bei Christengemeinden gibt es dafür erste positive Erfahrungen und einen großen Nachholbedarf für ähnliche Einladungen.

- *Flüchtlinge* erlebten in den 80er Jahren vor allem Ablehnung in der deutschen Gesellschaft. Die Gründung von Pro Asyl stieß anfangs auf eine verbreitete Kritik. Inzwischen ist daraus sowie dem Engagement von Flüchtlingsräten und Kommunen eine breite Bewegung geworden und bundesweit sind viele Menschen stabil und dauerhaft für Flüchtlinge und Menschen aktiv, die über das Mittelmeer geflohen sind. Im Jahr 2020 gab es dafür sogar eindrucksvolle Demonstrationen, die früher nicht denkbar waren.
- *Muslime* haben vor allem nach den Anschlägen vom 11. September 2001 viel Angst ausgelöst. Jahrelange und emotionale Debatten über das Kopftuch oder die Scharia gibt es zwar nicht mehr – die Ablehnung von Muslimen ist jedoch weiterhin stark verbreitet. Muslime bemühen sich durch Tage der offenen Moschee, Einladungen zu den Freitagsgebeten während der UN-Wochen gegen Rassismus, die Mitwirkung bei den Religiösen Naturschutztagen und viele Kontakte sowie Dialoge um ein verbessertes Miteinander. Unter Fachleuten und Aktiven hat sich dadurch viel verändert. Aber insgesamt ist gesellschaftlich kein Durchbruch erfolgt. Und das gilt ähnlich für den Antisemitismus und die Ablehnung von Sinti und Roma.

- *Obdachlose* erleben eine verbreitete Ablehnung. Regional haben von ihnen verkaufte Zeitungen wie BISS in München mit vielen weiteren Aktivitäten zu veränderten und positiveren Einstellungen beigetragen. Das gilt aber nicht für die gesamte Gesellschaft.
- *Rassismus* als Realität wurde früher abgestritten und wird inzwischen auch durch die vielen Tausenden Veranstaltungen der UN-Wochen gegen Rassismus und durch Demonstrationen als Tatsache anerkannt und nicht mehr verdrängt. Bemühungen um die Überwindung von Rassismus stehen noch am Anfang. Hier sind vielfältige und neue Initiativen erforderlich, mit denen die unterschiedlichen Milieus in der Gesellschaft erreicht werden. Entscheidend sind dafür Kontakte mit Betroffenen: Je mehr Begegnungen es gibt, desto stärker wird Rassismus abgebaut. In den kommenden Jahren ist dies eine zentrale Aufgabe. Das wird versucht durch Projekte wie „Engagiert gegen Rassismus“, mit denen unterschiedliche gesellschaftliche Milieus wie die Polizei erreicht werden sollen. Ein neuer Ansatz dafür sind Antirassistische Rundgänge zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März, die das Engagement gegen Rassismus in Kommunen öffentlich machen und gleichzeitig Kontakte der Bevölkerung zu Menschen entwickeln können, die von Rassismus betroffen sind.

Der Staat und traditionelle Institutionen tun sich mit Antworten auf neue Herausforderungen schwer, da sie lange Entscheidungs-

wege haben. Deswegen hat die Zivilgesellschaft eine besondere Verantwortung, Antworten zu entwickeln. Kleinere Gruppierungen können schneller handeln und Neues erproben. Sie können eher etwas ausprobieren und es sich leisten, bei neuen Projekten zu scheitern.

Besonders erfolgreich sind Kooperationen der Zivilgesellschaft mit etablierten und staatlichen Einrichtungen. Angesichts neuer Herausforderungen in den Bereichen Migration und Flucht erfolgten dabei in den letzten Jahrzehnten besonders viele Gründungen.

Gründungsgeschichten geben Anregungen, was bei neuen Herausforderungen zu berücksichtigen ist. Folgendes ist mir aufgefallen:

- *Innovative Institutionen sind dort erforderlich, wo neue und dauerhafte gesellschaftliche Herausforderungen entstehen.*

Es gibt Themen, die nach einigen Jahren bearbeitet sind und abgeschlossen werden können. So konnte der Interkulturelle Rat im Jahr 2017 seine Arbeit beenden, nachdem anerkannt war, dass ein kreatives Miteinander von zugewanderten und einheimischen Menschen und Institutionen möglich ist. Seine Arbeit wurde durch das Abrahamische Forum und die Stiftung gegen Rassismus weitergeführt, die langfristige Aufgabenstellungen bearbeiten.

- *Menschen sind zu finden und zu mobilisieren, die sich für ähnliche Ziele engagieren und mit ihren Kontakten weitere Personen gewinnen.*

Dabei ist auffällig, dass manche Initiativen so überzeugend sind, dass sich auch ungefragt viele andere anschließen oder ähnliches einrichten: So gab es kurze Zeit nach der ersten Ausgabe der Obdachlosenzeitung BISS in zahlreichen Orten ähnliche Projekte. Nach der Einrichtung von Pro Asyl entstanden Flüchtlingsräte in verschiedenen Bundesländern und Städten.

Nach der Gründung des Deutschen Islamforums bildeten sich vielerorts ähnliche Gremien. Gegenwärtig ist zu beobachten, dass sich an immer mehr Orten Personen und Einrichtungen zusammentun, um Religiöse Naturschutztage im September zu veranstalten. Manche Vorhaben waren besonders erfolgreich wie die Interkulturelle Woche mit über 5.000 oder die UN-Wochen gegen Rassismus mit über 3.000 Veranstaltungen, an denen insgesamt jedes Jahr über eine halbe Million Menschen teilnehmen.

- *Die Gründung innovativer Gremien erfordert einen langen Atem.*

Nach dem Start mit dem Internationalen Tag gegen Rassismus dauerte es mehrere Jahre, bis es mehr als eine Handvoll Veranstaltungen in Deutschland gab. Das hat sich erst nach etwa 7 Jahren geändert. Richtige Ansätze brauchen oft viel Ausdauer

und Geduld. Politische Gremien sind dafür wenig hilfreich, da sie meist von kurzfristig stattfindenden Wahlen abhängig sind und Themen liegenlassen, die nicht mehr im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

- *Etablierte Institutionen wehren sich in der Regel gegen neue Einrichtungen und erschweren ihre Arbeit.*

Der Rat der EKD hat dem zuständigen Mitarbeitenden verboten, den Begriff der „multikulturellen Gesellschaft“ zu verwenden. Wenige Tage nach der Gründung von Pro Asyl hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtverbände allen ihren Mitarbeitenden eine Mitwirkung bei Pro Asyl untersagt. Erst nach über 30 Jahren wurde dieser Beschluss aufgehoben, der schon lange vorher nicht mehr praktiziert worden ist. Dem zuständigen Mitarbeitenden hat die Innere Mission in München verboten, bei der ersten Obdachlosenzeitung BISS mitzuwirken – später waren frühere Mitarbeitende der Inneren Mission im Vorstand von BISS. Religionsgemeinden haben in den Anfangsjahren Veranstaltungen Abrahamischer Teams in ihren Räumen verboten – seit Jahren finden sie ohne Probleme in Synagogen, Kirchengemeinden und Moscheegemeinden statt.

Zugleich ist es wichtig, dass akzeptierte Vorhaben durch etablierte Institutionen fortgeführt werden, da sie die langfristig erforderliche Qualifizierung und eine Stabilität insbesondere bei Finanzierungen sicherstellen.

- *Kritik an neuen Einrichtungen ist normal und kann ein wichtiger Faktor für positive Impulse sein.*

Zum ersten „Tag des ausländischen Mitbürgers“ am 15. Oktober 1975 hat der Superintendent von Buxtehude gesagt, dass man einen Ausländersonntag nicht braucht. Diese Meldung hat Journalisten offensichtlich so gefallen, dass sie bundesweit in Zeitungen abgedruckt wurde – erst dadurch wurden viele auf diesen neuen Tag aufmerksam. Ohne die Kritik durch rechtsgerichtete Hochschulprofessoren an der „Multikulturellen Gesellschaft“ in den Heidelberger Thesen vom 17. Juni 1981 hätte die Diskussion über diesen wichtigen Begriff nicht diese Intensivität erreicht. So ärgerlich diese Debatten auch waren, sie haben letztendlich dazu beigetragen, ein wichtiges Thema in die Gesellschaft zu vermitteln. Wer heute die multikulturelle Gesellschaft in Deutschland als gescheitert bezeichnet macht sich lächerlich.

Auch der Rassismus von Pegida und ähnlichen Initiativen hat dazu beigetragen, dass antirassistische zivilgesellschaftliche Initiativen vom Staat eher gefördert wurden. Traditionelle politische Parteien wurden dadurch zögerlicher, mit ausländerfeindlichen Kampagnen Stimmen bei Wahlkämpfen zu mobilisieren, wie das der frühere hessische Ministerpräsident Roland Koch von der CDU 1999 noch erfolgreich getan hatte.

- *Die finanzielle Situation ist anfangs meist schwierig und erfordert einen langfristigen ehrenamtlichen Einsatz.*

Manche Initiativen werden von Anfang an finanziell gut ausgestattet und müssen dann schnell beendet werden, wenn durch Personalwechsel oder veränderte Entscheidungsgremien die Finanzierungen ausbleiben. Sinnvoll ist es, dauerhafte Finanzierungsstrukturen aufzubauen – das erfordert meist eine lange Zeit, viel Kreativität und Ausdauer.

Viele Aufgaben sind durch Flucht und Migration neu zu bearbeiten. Bei der Bevölkerung, den traditionellen Institutionen und bei Zugewanderten fanden in den letzten Jahrzehnten beachtliche Lernprozesse statt. Das hat zu dem insgesamt erfolgreichen Miteinander beigetragen. Ein Wandel im Selbstverständnis zu einer vielfältigen und multikulturellen Gesellschaft ist erfolgt. Dazu gibt es Gegenbewegungen, insbesondere im rechten, rechtsextremen und rassistischen politischen Umfeld. Veränderungen sind auch dort am ehesten zu erreichen, wenn Kontakte zu betroffenen Menschen hergestellt werden.

Durch die weitere Zuwanderung und bisher nicht befriedigend bearbeitete Aufgaben entstehen immer wieder neue Herausforderungen. Dafür ist die Gesellschaft inzwischen wesentlich besser aufgestellt. Eigene Einrichtungen der zugewanderten Menschen haben dabei wichtige Funktionen. Ebenso wie interkulturelle kommunale Büros, in denen Kontakte und Kooperationen mit zugewanderten Menschen selbstverständlich sind.

Literaturhinweise

Zu Themen wie Migration, interkulturelles Miteinander oder Rassismus verfasste Jürgen Micksch über 350 Aufsätze für Bücher, Lexika, Zeitschriften oder Zeitungen. Im Folgenden ist eine Auswahl von Büchern zusammengestellt, die er geschrieben oder herausgegeben hat.

Schriften

Jugend und Freizeit in der DDR.

Westdeutscher Verlag, Opladen 1972,
ISBN 3-531-11129-9. (Dissertation)

Mit Einwanderern leben:

Positionen evangelischer Ausländerarbeit.
Lembeck, Frankfurt am Main 1984,
(Beiträge zur Ausländerarbeit; 7),
ISBN 3-87476-222-X.

Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfalt.

Eine Strategie gegen Nationalismus und Rassismus.
Lembeck, Frankfurt am Main 1989,
(Beiträge zur Ausländerarbeit; 12),
ISBN 3-87476-259-9.

Interkulturelle Politik statt Abgrenzung gegen Fremde.

Lembeck, Frankfurt am Main 1992,
(Interkulturelle Beiträge; 16),
ISBN 3-87476-285-8.

Vielfalt statt Einfalt:

Strategien gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.
Lembeck, Frankfurt am Main 1997,
(Interkulturelle Beiträge; 17),
ISBN 3-87476-325-0.

Abrahamische und interreligiöse Teams.

Lembeck, Frankfurt am Main 2003,
(Interkulturelle Beiträge; 21),
ISBN 3-87476-421-4.

Islamforen in Deutschland:

Dialoge mit Muslimen. Mit einem Vorw. von Rita Süßmuth.
Lembeck, Frankfurt am Main 2005,
(Interkulturelle Beiträge; 22),
ISBN 3-87476-478-8.

Abrahamische Ökumene. Dialog und Kooperation.

Mit Karl-Josef Kuschel.
Lembeck, Frankfurt am Main 2011,
(Interkulturelle Beiträge, 26),
ISBN 3-87476-632-2.

Muslime gehören zur deutschen Gesellschaft.

EB-Verlag, Berlin 2012,
ISBN 978-3-86893-088-7.

Interkulturelle Modelle gegen Rassismus.

EB-Verlag, Berlin 2014,
ISBN 978-3-86893-165-5.

25 Jahre Internationale Wochen gegen Rassismus.

Broschüre, Darmstadt 2019

Abrahamische Teams in Mittelmeerländern.

Broschüre in Deutsch, Englisch und Arabisch,
Darmstadt 2019

Für eine menschenfreundliche Gesellschaft.

Broschüre, Darmstadt 2020

Religiöse Impulse für biologische Vielfalt.

Broschüre, Darmstadt 2021

Religionen feiern gemeinsam.

20 Jahre Abrahamisches Forum.
Broschüre, Darmstadt 2021

Herausgegebene Bücher

Gastarbeiter werden Bürger.

Handbuch zur evangelischen Ausländerarbeit.
Lembeck, Frankfurt am Main 1978,
ISBN 3-87476-103-7.

Zusammenleben mit Muslimen.

Lembeck, Frankfurt am Main 1980,
ISBN 3-87476-147-9
(6 Auflagen und über 200.000 Exemplare).

Christen und Muslime im Gespräch.

Lembeck, Frankfurt am Main 1982,
ISBN 3-87476-184-3,
(Übersetzungen in Englisch, Französisch und Schwedisch).

Multikulturelles Zusammenleben.

Theologische Erfahrungen.
Lembeck, Frankfurt am Main 1983,
ISBN 3-87476-205-X.

Evangelische Ausländergemeinden.

Lembeck, Frankfurt am Main 1986,
ISBN 3-87476-236-X.

Positiv oder negativ?

AIDS als Schicksal und Chance.
Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1988,
ISBN 3-579-00958-3.

Pluralismus und Einheit:

Der Dalai Lama in Tutzing,
Tutzing 1992.

Evangelisch aus fundamentalem Grund.

Wie sich die EKD gegen den Islam profiliert.
Lembeck, Frankfurt am Main 2007,
ISBN 978-3-87476-545-9.

Vom christlichen Abendland zum abrahamischen Europa.

Lembeck, Frankfurt am Main 2008,
ISBN 978-3-87476-561-9.

Antimuslimischer Rassismus.

Konflikte als Chance.
Lembeck, Frankfurt am Main 2009,
ISBN 3-87476-596-2.

Miteinander vor Ort – Kommunale Islamforen.

Mit Ingrid Hoensch.
EB-Verlag, Berlin 2011,
ISBN 3-86893-053-1.

Religion und Naturschutz –

Gemeinsam für biologische Vielfalt.
Mit Yasmin Khurshid, Hubert Meisinger, Andreas Mues,
BfN-Skript 426, Bonn 2016,
ISBN 978-3-89624-162-7.

Antimuslimischer Rassismus.

Wandel durch Kontakte,
Broschüre, Darmstadt 2016 (4. Auflage 2018).

Schulter an Schulter.

Solidarisch gegen Antisemitismus, Rassismus und Gewalt.
Mit Claudia Falke und Kathrin Hedtke,
Broschüre, Darmstadt 2021

Religionen laden ein.

Impulse für gemeinsame Feiern, Veranstaltungen und Aktionen.
Mit Claudia Falke und Kathrin Hedtke,
Broschüre, Darmstadt 2021

Ausgewählte Zeitungsberichte

Helmut Hornung

Der Philosoph und Theologe Jürgen Micksch.
Ein Prediger der multikulturellen Gesellschaft.
Süddeutsche Zeitung, München,
11./12. September 1993

Ariane Bemmer

Pro Asyl – eine Idee setzt sich durch.
Tagesspiegel, Berlin, 25. April 2015.

Bernd Kastner

Jürgen Micksch, Gründer von Pro Asyl:
Der unbeugsame Optimist.
Süddeutsche Zeitung, München, 8. Januar 2016.

Dieter Schneberger

Auch mit 75 noch voller Pläne.
Der Pro Asyl-Gründer und ehemalige Schauspieler Jürgen Micksch.
epd-Wochenspiegel, Frankfurt/M., 25. Januar 2016

Pitt von Bebenburg

„Überwindung von Rassismus ist möglich“.
Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 18. März 2016

Heribert Prantl

Jürgen Micksch. Die Kraft des Guten.
In ders: Was ein Einzelner vermag.
Politische Zeitgeschichten.
Süddeutsche Zeitung,
Edition München 2016, S. 232–242,
ISBN 978-3-86497-352-9.

Heribert Prantl

Es gibt nichts Gutes. Außer man tut es.
Eine Laudatio zum Tag gegen Rassismus.
Süddeutsche Zeitung, München, 17. März 2019.

Felicitas Wilke

„Wir können alle zu einem menschenfreundlichen Land beitragen“,
BISS, München, März 2020.

Heribert Prantl

Der Mann, den kaum einer kennt - der aber Deutschland verändert hat.
Süddeutsche Zeitung, München, 17. Januar 2021

Pitt von Bebenburg

Kontakte sind entscheidend im Kampf gegen Rassismus.
Frankfurter Rundschau, 20. Januar 2021

Monika Ganster

Ein sanfter Mutmacher. Jürgen Micksch, Mitgründer der ersten Obdachlosenzeitung und von Pro Asyl, wird 80 Jahre alt.
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Januar 2021

Udo Hahn

Pro-Asyl-Gründer Jürgen Micksch wird 80.
Evangelische Akademie Tutzing, 20. Januar 2021

Dieter Schneberger

Marathon für Menschenrechte. Der evangelische Theologe und Soziologe Jürgen Micksch feiert seinen 80. Geburtstag.
Sonntagsblatt, Evangelische Wochenzeitung für Bayern, 24. Januar 2021

Kerstin Schumacher

Der Vater von Pro Asyl. Jürgen Micksch ist als Kinderstar in Filmen zu sehen und hat ein riesiges Netzwerk gegen Rassismus geschaffen.
Darmstädter Echo, 10. April 2021

Jens Bayer-Gimm

Eisbrecher im Dialog mit Muslimen.
Evangelischer Pressedienst vom 3. September 2021

Bascha Mika

Jürgen Micksch über antisemitische und antimuslimische Gewalt in Deutschland: „Die Politik tut nie genug.“
Frankfurter Rundschau, 7. September 2021

Impressum

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Goebelstr. 21a, 64293 Darmstadt

Telefon: 06151 – 33 99 71

Mail: info@stiftung-gegen-rassismus.de

<https://stiftung-gegen-rassismus.de>

2. ergänzte Auflage, November 2021

Nachdruck gern gestattet. Belegexemplare werden erbeten.

Die Veröffentlichung kann bei der Stiftung gegen Rassismus zum Preis von 10 € bestellt werden - 7 € davon sind für die Arbeit der Stiftung gegen Rassismus.

Gestaltung: Tilman Falke

Druck: www.wir-machen-druck.de

Für die redaktionelle Mitwirkung wird Marlies Horch, Vivian Micksch und Conny Schäfer gedankt.

Die Stiftung gegen Rassismus ist auf finanzielle Zuwendungen angewiesen und sendet Spendenbescheinigungen für das Finanzamt zu.

Spendenkonto

Stiftung gegen Rassismus

IBAN: DE14 5206 0410 0004 1206 04

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Bank

Jürgen Micksch, geb. am 20.1.1941 in Breslau, ist ein evangelischer Theologe und Soziologe. Als Flüchtlingskind lebte er einige Monate illegal als Jürgen Paulmüller in Österreich. In der Schulzeit in München spielte er Theater mit Heinz Rühmann, mit Ingrid Bergmann wirkte er im Film „Angst“ mit und im Märchenfilm „Hänsel und Gretel“ spielte er den Hänsel. Nach den beiden theologischen Examen promovierte er als Soziologe zum Dr. phil. Er war Oberkirchenrat bei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), stellvertretender Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing und Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN). Lehraufträge übernahm er an den Universitäten Heidelberg und Frankfurt/M. Er ist Geschäftsführer des Abrahamischen Forums in Deutschland und geschäftsführender Vorstand der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus.



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS